

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtauskrikt: Tageblatt Riesa.

Vermerk Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsverwaltung beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Poststempelort: Dresden 1500
Oriolasse Riesa Nr. 52.

Nr. 132.

Freitag, 9. Juni 1922, abends.

75. Jahrg.

Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauflösung, monatlich 24.— Mark ohne Druckerlohn. Einzelnummer 1.50 Mark. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen am bestimmten Tag und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 4.50 Mark; zeitrunder und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachzahlungs- und Vermittelungsgebühr 1 Mark. Keine Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verjüngt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Sitzungsort: Riesa. Schriftliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. Im Falle höherer Kosten muss der Auftraggeber im Konkurs gerät. Der Druckerei, der Distanzpost oder der Verförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Übertragung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hänel, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Herr Kohnbuchhalter Ernst Arps in Gröba ist als Gemeindevorstand für Gröba in Pflicht genommen worden.

Amtshauptmannschaft Großenhain, am 6. Juni 1922.

Elbbad in Gröba.

Nachdem die Mauerarbeiten im früheren Bionieraerdtschuppen in Vorberge eingebaut und die sonst notwendigen Arbeiten für das Elbbad beendet sind, soll nunmehr dasselbe am Sonntag, den 11. Juni, nachmittags 2 Uhr, zur öffentlichen Benutzung freigegeben werden. Das Elbbad ist täglich geöffnet von vormittags 8 Uhr bis zum Ein-

tritt der Dunkelheit. Montags und Freitags von nachmittags 2—5 Uhr ist das Elbbad nur für Frauen und Mädchen geöffnet. Mittwochs und Samstags von nachmittags 2—5 Uhr können Kinder aus Gröba, die im Besitz von Badefäkalien sind, unentgeltlich baden. Über die Ausgabe der Badefäkalien, die Preise für Badefäkalien und Eintrittsfäkalien ist die im Gemeindeamtsgesetz, am Elbbadegebäude und an den Plakatständern erlassene Bekanntmachung zu beachten. Weiter sind die aufgestellten Badeordnungen, die ebenfalls im Gemeindeamt- und Elbbadegebäude aushängen, von den Badenden und dem das Elbbad besuchenden Publikum genau zu beachten und die Anordnungen zu befolgen.

Gröba (Elbe), am 8. Juni 1922.

Der Gemeindevorstand.

Verteilches und Sachsisches.

Riesa, den 9. Juni 1922.

* Willkommen in Riesa! Der Sächsische Landesverband „Gabelsberger“ hält vom 10. bis 12. Juni in unserer Stadt seine 62. Hauptversammlung ab. Die Ausstellung der Kunst Gabelsbergers in Riesa ist so alt, wie der Landesverband selbst. Wenn dieser diesmal zu seiner 62. Tagung zusammenkommt, so kann der heutige Stenographenverein „Gabelsberger“ im kommenden Winter sein 62. Stiftungsjahr feiern; beide sind also Altersgenossen. Die erste Riesaer Tagung des Landesverbandes wurde im Jahre 1871 abgehalten. Damals fanden sich 50 Teilnehmer ein, diesmal haben sich mehrere Hundert angemeldet und ihre Zahl würde sicherlich noch größer sein, wenn nicht die Teuerung auf allen Gebieten heutigen Tages auch den Besuch der Tagungen erschwere. Jedenfalls hat der Landesverband seit jener Tagung in Riesa im Jahre 1871 eine glänzende Entwicklung genommen. Das Jahrbuch der Schule Gabelsberger auf das Jahr 1922, das nach dem Stande vom 30. Juni 1921 bearbeitet ist, weist folgende Zahlen nach: Auf Deutschland entfallen bei Gabelsberger 1814 Vereine mit 128235 Mitgliedern und 15028 Unterzweigen. An der Spitze aller deutschen Länder steht unser kleiner Sachsenland mit 472 Vereinen, 41595 Mitgliedern und 49206 Unterzweigen. Unter Mosaik-Gauverband ist an diesem schönen Ergebnis beteiligt mit 18 Vereinen und 860 Mitgliedern. Es erübrigte sich heute wohl, auf den Wert und die Wichtigkeit der Stenographie für unser Erwerbs- und Berufsleben besonders hinzuweisen. Die Erkenntnis, dass die Kurzschrift einen wichtigen Helfer im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben darstellt, ist schon Gemeinkunst weitester Kreise geworden. Und heute im Wiederaufbaugesetz wird man zudem annehmen können, dass ganz von selbst die Verhältnisse der zeitparenden Kurzschrift immer mehr zur Geltung verhelfen. Besonders hervorgehoben zu werden verdient aber, dass um die Verbreitung der Stenographie die Gabelsbergerischen Stenographenvereine sich unvergängliche Verdienste erworben haben. Sie haben nicht nur in ihren Vereinstreffen vielen Taufenden die Möglichkeit geboten, die Kurzschrift zu erlernen und sich in ihr weiterzubilden und zu vervollkommen, sondern haben sich auch stets eifrig für die Einführung der Stenographie als Unterrichtsfach in den Schulen eingesetzt. Die bevorstehende Tagung wird daher in Anerkennung der hohen Zwecke und Zielen der Stenographenvereine ihre Würdigung in den weitesten Kreisen finden. Möge ihr der Wiederaufbau unserer Stadt sich recht wohl fühlen. In diesem Sinne sei den Vertretern der Kunst Gabelsbergers nochmals der aufrichtigste Willkommen zu der Riesaer Einwohnerfahrt dargeboten.

Wie im Anzeigentext vorliegender Nummer bekannt gegeben wird, werden die auswärtigen Versammlungsteilnehmer im Laufe des Sonnabendnachmittags eintreffen und den Quartiergebäuden sich durch Abgabe einer gestempelten Wohnungskarte ausweisen. An die Einwohnerfahrt wird die herzliche Bitte gerichtet, am Sonnabend und Sonntag durch Verlagerung der Häuser den anwesenden Gästen Willkommen zu entbieten.

* Waldbrand. In den heutigen Nachmittagsstunden war in der Richtung auf Beuthain zu einer starken Rauchentwicklung wahrgenommen. Wie uns mitgeteilt wurde, rührte sie von einem Waldbrand her, der heute mittag in den Waldungen bei Haldehäusern ausgebrochen ist.

* Die Gefahren des Badens in der freien Elbe. Das Baden in der freien Elbe fordert von Jahr zu Jahr höhere Opfer an Menschen. Besonders Kinder sind unvorsichtig und wagen sich weit in den Strom hinaus, dessen Unfälle und Tode sie nicht kennen. Die Eltern solcher Kinder müssen bedauern, wenn ein Unglück vor kommt; sie müssen sich aber auch bewusst sein, dass sie selbst Schuld daran tragen, wenn sie ihre Kinder nicht genug gewarnt oder beaufsichtigt. Wer trotz des bestehenden Verbotes in der Elbe badet, soll sich jederzeit bewusst sein, dass er dies auf eigene Gefahr tut und dass er nur an solchen Stellen sich aufhält, die unbedingt sicher sind. Wie der Rat der Stadt in einer amtlichen Bekanntmachung in Nr. 180 und 181 bekannt gibt, ist das Familien-Elbbad zur Verzierung freigegeben. Es liegt oberhalb des Stadtparcels und ist nur zugängig von dem mit Bäumen bepflanzten Fußweg aus. Die Grenzen sind deziert durch Drahtzaun und schwimmende Boote. Nur innerhalb dieser Grenzen ist die Benutzung gestattet. Mit Eintritt der Dunkelheit spätestens 9 Uhr abends, ist der Badeplatz zu verlassen. Den Weisungen der Aufsicht ist unbedingt Folge zu leisten. Trotz der Aufsicht bleiben die Angehörigen für die Sicherheit der Kinder in jedem Falle selbst verantwortlich. Für Abhandenkommen von Baden wird keinerlei Haftung seitens der Stadtverwaltung übernommen.

* Volksbegehren auf Auflösung des Bandtags. Zu dem von dem Gesamtministerium angelassenen Volksbegehren auf Auflösung des Bandtags liegen gegenwärtig bis mit 10. Juni 1922 — auch Sonntags — die Eintragungsschriften aus. Berechtigt, sich in die Räume einzutragen, sind alle im Besitz des Stimmrechtes bei den Landtag-

wahlen befindlichen Reichsdeutschen, die über 20 Jahre alt sind und zurzeit in Riesa wohnen. Die Verfassung des Freistaates Sachsen schreibt vor, dass das Volksbegehren von mindestens einem Zehntel aller Stimmberechtigten der letzten Landtagswahl eingebracht werden muss, wenn es wirksam sein soll, um einen Volksentscheid über die Auflösung des Landtages herbeizuführen. Bei der Landtagswahl in Sachsen waren im Jahre 1920 etwa 3000000 Stimmberechtigte vorhanden. Es ist also erforderlich, dass sich mehr als 300000 Stimmberechtigte in die Eintragungsschriften eintragen. Für Riesa liegen die Listen im Einwohnermeldeamt, Immer Nr. 14, aus. Es empfiehlt sich, die Eintragung nicht bis auf die letzten Tage zu verzögern, da zu erwarten steht, dass dann ein großer Andrang erfolgt. Personen, die sich vorübergehend in Riesa aufzuhalten, ihren Wohnsitz aber an einem anderen Ort innerhalb Sachsen haben und behindern sind, sich dort in die Liste einzutragen, können sich an die Gemeinde ihres Wohnortes wenden und um Ausstellung eines Stimmbuches ersuchen. Auf Grund dieses Stimmbuches können sie die Eintragung in die Listen in Riesa vornehmen.

* Der Volkskirchliche Dienenbund richtet an seine Mitglieder und an alle evangelischen Männer und Frauen Sachsen die dringende Mahnung, beim Volksbegehren durch Eintragung in die Listen zum Ausdruck zu bringen, dass es der Mensch und die Förderung aller evangelischen Kreise ist, eine religiöse Freiheit zu bekommen und nicht eher zu ruhen, bis in die Kirchenfreundliche Mehrheit in den Landtag und in die Regierung einzusteht. Denn dann erst hört der Kampf gegen die heiligsten Güter auf, die die gegenwärtige kirchenfeindliche Mehrheit im Landtage fortwährend in den Staub zu stossen mag. Unvergessen bleibt bei allen Evangelischen, dass den vierzehnjährigen der Kirchenausstieg erlaubt ward, unvergessen, dass die Kinder in die weltliche Schule geworungen werden sollen, unvergessen, dass an nichtchristlichen Feiertagen kein Urlaub zum Gottesdienst ertheilt werden soll, unvergessen, dass der 1. Mai und der 9. November uns als staatliche Feiertage aufgezogen wurden! Immer wieder muss es allen evangelischen Kreisen gelingen werden, dass die evangelische Kirche erdrostet werden soll, indem der kirchenfeindliche Staat die Mittel für die Kirche wider die Verfassung verweigert und in unschöner Weise die Zuflüsse zu den Grund- und Grundstückserwerbs- und Körperersatzsteuern für die Kirchenstewern ablehnt! Die Einrichtungen zur Erhaltung und Förderung der Religion und der Kirche werden immer mehr bedroht und gefährdet! Deshalb kommt es auf jeden evangelischen Wahlberechtigten an, dass er seine Pflicht tut und beim Volksbegehrten einstimmt, dass er seine Stimme gibt. Darum evangelische Männer und Frauen, auf zur Eintragung in die Listen zum Volksbegehrten!

* Die innere Politik Sachsen. Neuerdings scheint es, als ob die Kommunisten nun doch ernst machen und der Regierung bei der Staatsverabschiedung die Gefolgschaft verlängern wollten. Gerüsts, wie man ja bei den sächsischen Kommunisten niemals im voraus, aber diesmal ist bei der Haltung der Kommunisten mit von Bedeutung, dass die Kommunisten im thüringischen Landtag plötzlich dieselbe Haltung einnehmen, wie die sächsischen. Auch die thüringischen Kommunisten machen die Zustimmung zum Volksbegehren abhängig von einer Reihe von Bedingungen, die einfach unerfüllbar sind. In den Kreisen der sächsischen Regierungsparteien führt man die Haltung der Kommunisten in Sachsen und in Thüringen auf die Entwicklung der Berlin-Dresdner Zentrale der kommunistischen Partei zurück und ist infolgedessen sehr wenig zuversichtlich. Auch die thüringischen Kommunisten machen die Zustimmung zum Volksbegehren abhängig von einer Reihe von Bedingungen, die einfach unerfüllbar sind. In den Kreisen der sächsischen Regierungsparteien führt man die Haltung der Kommunisten in Sachsen und in Thüringen auf die Entwicklung der Berlin-Dresdner Zentrale der kommunistischen Partei zurück und ist infolgedessen sehr wenig zuversichtlich. Auch die thüringischen Kommunisten machen die Zustimmung zum Volksbegehren abhängig von einer Reihe von Bedingungen, die einfach unerfüllbar sind. In den Kreisen der sächsischen Regierungsparteien führt man die Haltung der Kommunisten in Sachsen und in Thüringen auf die Entwicklung der Berlin-Dresdner Zentrale der kommunistischen Partei zurück und ist infolgedessen sehr wenig zuversichtlich.

* Die innere Politik Sachsen. Neuerdings scheint es, als ob die Kommunisten nun doch ernst machen und der Regierung bei der Staatsverabschiedung die Gefolgschaft verlängern wollten. Gerüsts, wie man ja bei den sächsischen Kommunisten niemals im voraus, aber diesmal ist bei der Haltung der Kommunisten mit von Bedeutung, dass die Kommunisten im thüringischen Landtag plötzlich dieselbe Haltung einnehmen, wie die sächsischen. Auch die thüringischen Kommunisten machen die Zustimmung zum Volksbegehren abhängig von einer Reihe von Bedingungen, die einfach unerfüllbar sind. In den Kreisen der sächsischen Regierungsparteien führt man die Haltung der Kommunisten in Sachsen und in Thüringen auf die Entwicklung der Berlin-Dresdner Zentrale der kommunistischen Partei zurück und ist infolgedessen sehr wenig zuversichtlich. Auch die thüringischen Kommunisten machen die Zustimmung zum Volksbegehren abhängig von einer Reihe von Bedingungen, die einfach unerfüllbar sind. In den Kreisen der sächsischen Regierungsparteien führt man die Haltung der Kommunisten in Sachsen und in Thüringen auf die Entwicklung der Berlin-Dresdner Zentrale der kommunistischen Partei zurück und ist infolgedessen sehr wenig zuversichtlich. Auch die thüringischen Kommunisten machen die Zustimmung zum Volksbegehren abhängig von einer Reihe von Bedingungen, die einfach unerfüllbar sind. In den Kreisen der sächsischen Regierungsparteien führt man die Haltung der Kommunisten in Sachsen und in Thüringen auf die Entwicklung der Berlin-Dresdner Zentrale der kommunistischen Partei zurück und ist infolgedessen sehr wenig zuversichtlich.

Dienstbund mit vollen Bädern in das Horn der Reaktion lässt sich von selbst. Der ganze Raum erweckt den Anschein, als wenn man im bürgerlichen Lager recht feierlich wäre und würdigte, nicht einmal die 200000 Stimmen, die nötig sind, um vom Volksbegehrten zum Volksentscheid zu kommen, zusammenzutragen zu können, obwohl dazu doch wirklich viel gehört. Wie kann eine Verantwortung, dem Bürgertum die Sorgen zu erleichtern?

* Ein Verfahren gegen Ministerialdirektor Dr. Schmidt? Die Regierung hat nach der Mitteilung der Sachisch-Böhmischem Korrespondenz gegen den Ministerialdirektor a. D. Dr. Schmidt ein Disziplinarverfahren angeklagt in einer Geheimfondsaangelegenheit in Aussicht genommen. Die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ erhalten nun ein Schreiben des Ministerialdirektors Dr. Schmidt, in dem es heißt: Da gegen mich ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden soll, ist mir neu. Wenn es zutreffen sollte, so hat die Presse jedenfalls eher etwas darüber erfahren als ich. Da aber nur der vermeintliche Haft an einem solchen Verfahren schon öffentlich erörtert wird, so habe ich keinen Grund dazu zu schwärzen. Richtig ist, dass im Ministerium des Innern ein alter Fonds besteht, der in der Mitte des vorherigen Jahrhunderts unter dem Ministerium Brust gegründet worden ist. Über seine Größe haben die früheren Minister diskutiert, ohne dass eine Zweckbestimmung für dieses Kapital festgelegt war. Es mag sein, dass der Minister v. Brust vor 60 Jahren Gründe hatte, diesen Fonds geheim zu halten, für seine Nachfolger lag, soweit ich sehe, dazu gar kein triftiger Grund mehr vor, sie ließen sich offenbar nur durch eine überzogene Rücksicht auf Andenken des längst verstorbenen Ministerkollegen bestimmen. Beim Sturz der alten Verfassung hat der leicht vom König ernannte Minister mit die über jenes Kapital vorhandenen Befreiung übergeben, da er seinen unmittelbaren Nachfolger hatte und die Verwaltung des Fonds des Ministeriums des Innern bei meiner Absetzung geführt wurde. Ich habe mich mit der Sache zunächst nicht weiter beschäftigt, das Kapital wurde bei der Ministerialfasse weiter verwaltet wie immer, nur das seitdem über die Gelder nicht mehr verfügt worden ist. So sieht es noch heute. Einen Auftrag, was mit dem Kapital geschehen sollte, habe ich nie erhalten. Der alte Zustand, der sich durch ein halbes Jahrhundert fortgesleppt hatte, musste allerdings — der Ansicht bin ich auch — befehligt werden. Es schien mir wünschenswert, dass das Kapital für kulturelle Zwecke nutzbar gemacht würde, wenn der Staat bei der steigenden Finanznot einmal dafür keine ausreichenden Mittel zur Verfügung haben sollte. Deshalb hoffe ich es für gut, das Kapital ruhig liegen und die Ansätze anwachsen zu lassen. Ich habe während meiner Amtszeit keine genügende Gelegenheit gefunden, dem Minister hierüber Vorschläge zu machen, aber mein Wunsch wäre gewesen, mit den heute leider nicht mehr viel besitzenden Ansätzen des Kapitals die vorleidende Kunst und begabte Künster zu fördern und das Kapital dafür durch einen Befehl des Gesamtministeriums festzulegen. Darum habe ich auch gelegentlich mit dritten ganz unbefangen gesprochen, da mir die ganze Sache keineswegs so besonders geheimnisvoll vorkam. Das wäre noch meiner Ansicht eine gute und schöne Form gewesen, um dies Nebenbleibsel aus der politisch längst überwundenen Zeit des seitigen Bundesstaates des Volkganges nutzbar zu machen. Da man auf diesen Tatbestand, den ich dem Minister des Innern auf seine Anfrage vor einiger Zeit darlegte, ein Disziplinarverfahren gegen mich stützen sollte, ist mir sehr unwahrscheinlich. Weitere Ausführungen über diesen Fall bleiben wohl abzuwarten.

* Wer ist unterstützungsberechtigter Kleinrentner? Da die vom Reichsministerium aufgestellten Richtlinien über die Vergabe der Reichszulage für die Kleinrentner in einigen Punkten von den bisher für Sachsen geltenden Bestimmungen abweichen, macht sich eine Nachprüfung der in der Ministerialverordnung vom 26. Januar d. J. vorgegebenen Kleinrentner-Kriterien erforderlich, zu der die Amtshauptmannschaften und Städte in einer Verordnung des sächsischen Ministeriums des Innern aufgefordert werden. In dieser Verordnung wird der Befehl des Kleinrentners folgendermaßen festgelegt: a. Als Kleinrentner im Sinne der zur Ausführung der Richtlinien des Arbeitsministeriums vom 24. Dezember 1921 ergegenden Verordnung sind anzusehen diejenigen bedürftigen, im Inland wohnenden Deutschen, die selbst oder deren Ehegatten durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit Vermögen oder Kapitalrente mit einem Jahresentommen von wenigstens 600 Mk. sichergestellt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunfähigkeit im wesentlichen auf dieses Jahresentommen angewiesen sind. b. Ihnen können bedürftige Personen gleichgestellt werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gewecken keine Arbeit finden können, denen aber aus Vororge der Angehörigen ein entsprechendes Einkommen gewährt ist. Die Anerkennung der Bedürftigkeit wird von folgenden Voraussetzungen abhängig gemacht: Beträgt das jährliche Einkommen mindestens soviel wie der entsprechende Satz der Erwerbslosenunterstützung, so ist eine Bedürftigkeit im Sinne der neuen Bestimmungen

im allgemeinen zu verneinen. Nur bei ganz besonderen gearteten Fällen kann die Amtshauptmannschaft (Stadtrat) ausnahmsweise die Bedürftigkeit im Sinne dieser Bestimmungen anerkennen. Bleibt das örtliche Geländeinkommen hinter der Einkommengrenze zurück, die jeweils von der Sozialrentnerbedürftigkeit nicht überschritten werden darf (sept 1800 Mark), so gilt die Bedürftigkeit im allgemeinen ohne besondere Nachteile für den Antragsteller. Wer nicht Kleinentner ist, weil er die Voraussetzungen unter a und b nicht erfüllt, insbesondere weil sein Renteneinkommen am 1. Januar 1920 hinter 600 Mark zurückliegt, fällt im Falle der Bedürftigkeit des öffentlichen Armenunterstützung anheim. Dem zuständigen Ortsarmenverband steht es schließlich zu, die Bedürftigkeit zu beurteilen. Als Einkommen gelten nicht nur die Geldeinkünfte, sondern alle geldwerten Leistungen, insbesondere Unterhalt in Natur. Solche Leistungen müssen mindestens nach dem Gesetzeswert angerechnet werden.

* Wochenbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung vom 28. Mai bis 3. Juni. In der Berichtswoche nahm die Arbeitslosigkeit weiter ab. In der Landwirtschaft steigerte sich der Arbeitsmangel. Die keramische Industrie ist gut beschäftigt, ebenso die Metallindustrie. Beschäftigt bedarf an Arbeitskräften zeigte die chemische Industrie. In der westlichsten Textilindustrie hat sich der Markt wieder bedeutend gebessert, in der Chemischen Textilindustrie zeigte sich eine gewisse Flauheit. In der Holzindustrie ließ die starke Nachfrage nach Facharbeiten nach. Aufsatz der vorstehenden Heizungs- und Gasheizung war die Vermittlungsgesellschaft im Bäder- und Fleischergewerbe aufgetreten. Die Schuhindustrie zeigte geringe Vermittlungstätigkeit. Die Zigarettenindustrie arbeitet teilweise mit Überstunden. In der Beleidungsindustrie herrschte schwache Nachfrage nach Facharbeitern aller Art, nur das Schuhhandwerk hat überzeugend an Bedürftigkeit. Die Textilindustrie nahm zahlreiche Entlassungen vor. Im Bauhandwerk konnte die Nachfrage nach Maurern und Steinmetzen bei weitem nicht gedeckt werden. Bedarf war auch die Nachfrage nach Arbeitskräften im Mauer-, Glass- und Steinlagergewerbe. Wenige Anträge hatten das Glas- und das Tafelholzgewerbe. In den laufmännischen Berufen stieg die Nachfrage nach jüngeren Arbeitskräften weiter. Für die Unterbringung älterer laufmännischer Angestellter zeigt sich keine Belastung. Im Gastronomiegewerbe ist in der Woche noch etwas größere Anzahl Kellner arbeitslos. Manche besteht noch an jüngeren Köchen und Hauswirtschaften. Die Berufsgruppe Angelernte zeigte eine weite Abnahme der Arbeitslosigkeit.

* Die voransichtliche Wetterlage dürfte sich nach den Musterungen des amtlichen Berliner Wetterbüros in den nächsten Tagen wie folgt gestalten: Zwei schmale Tiefdruckgebiete schreiten von Frankreich und der Balkanhalbinsel der langsam gegen Mitteleuropa vorzurücken, während das Hoch nach Dänemark zurückgesunken ist. Bei mäßigem östlichen Winden haben wir daher zunächst noch etwas kältere Erwärmung, später von Süd nach Nord fortwährende Zunahme der Bewölkung und im Süden weiterverbreitete, im Norden mehr vereinzelte Gewitterzeuge zu erwarten.

* Die Abschaffung des früheren Königsbaus. Die Verhandlungen der südlichen Regierung über den Ausgleich mit dem ehemaligen Königshaus schreiten weiter fort. Am vorgestrittenen Mittwoch wurden wieder im Ministerium Besprechungen der beiden Kommissionen abgehalten. Über den endgültigen Vertrag, der die Abschaffung des Hauses Wittelsbach und der Pausage zur Reichskanzlei unterstreichen soll, hat man sich gestern noch nicht geeinigt, da noch Forderungen gestellt worden sind, über die das Gesamtministerium ein Urteil fassen muss.

* Der Preis für ausländische Handelswaren. Die Handelsindustrie-Gefellschaft m. b. H., Berlin, die vom Reichswirtschaftsministerium zur Beobachtung der Handelsknappheit mit der Einführung ausländischer Handelswaren beauftragt worden ist, gibt bekannt, daß der Preis für ausländische Handelswaren, die vor kurzem eingeführt wurden, bei Abgabe an den Verbraucher, also im Kleinhandel, 75 Pf. nicht übersteigen darf. Wer für die erwünschte ausländische Ware, die schwedischer, holländischer, tschechoslowakischer oder österreichischer Herkunft sein kann, höhere Preise verlangt, hat mit einem Eingreifen des Wucheramtes zu rechnen.

* Der Betrieb der Telegraphen- und Fernsprechleitungen erleidet oft empfindliche Störungen dadurch, daß die Vorzellanlagen, an denen die Drähte festgestellt sind, unwillkürlich durch Steinwürfe zertrümmer werden, oder das Kind ihre Papierdrähte gegen die Leitungen fliegen lassen oder Objektländer beim Überqueren der Drähte stoßen und diese untereinander oder mit den Zweigen in Berührung bringen. Solche und andere Überungen oder Beschädigungen des Betriebes bedroht das Strafgesetz in den §§ 317 und 318, wenn Fahrlässigkeit vorliegt, mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 900 Mark, bei Vorcas mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren. Die Polizeibeamten sind angewiesen, Verfälle gegen die gesetzlichen Bestimmungen unanständlich zu verfolgen. Alle, die in der Nähe der Leitungen zu schaffen haben, können daher nicht dringend genug zur Vorsicht gemahnt werden. Auch ist Eltern und Lehrern zu empfehlen, die Kinder vor unvorsichtiger oder vorfahrlässiger Beschädigung der Telegraphenleitungen ernstlich zu warnen und in dieser Beziehung sorgfältig zu überwachen.

* Auslandszucker? Die Landespreisprüfungsstelle teilt mit: Bereits einige Tage nach der vom Reich versiegelten Freigabe der Zuckerelisabeth erschien terner Zucker unter der Bezeichnung "Auslandszucker" im Kleinhandel. Das Angebot in dieser Ware vermehrte sich so rasch, daß Zweifel an der Herkunft des Zuckers berechtigt erscheinen. Es liegt im Interesse der Verbraucher und des reellen Kleinhandels, daß alle Verabredungen verdächtiger Angebote sofort der nächsten Preisprüfungsstelle oder Gemeindebehörde gemeldet werden, um nach Verfolgung des Angebotes bis zur Ursprungssquelle die Herkunft des Zuckers feststellen zu können.

* Gelehrte Überstunden in Sachsen. Im vergangenen Jahre sind in Sachsen rund 1.088.000 Überstunden für die Metall- und Maschinenindustrie, 187.000 für die Textilindustrie und Bekleidungsindustrie, 880.000 für die Nahrungsmittel- und 220.000 für die Papierindustrie bewilligt worden, insgesamt in den gewerblichen Betrieben Sachsen rund 4 Millionen Überstunden, wozu für Banken und andere Angestelltenbetriebe noch rund 150.000 hinzutreten.

* Weichende Preise auf der Leipziger Händelauktion. Die Leipziger Händelauktion zeigte einen sehr guten Verlauf. Angebot und Abschlag waren lebhaft. Die Preise gegenüber der letzten Thüringer Auktion waren um 10 bis 15 Prozent niedriger. Das Geschäft blieb auch im weiteren Verlaufe der Auktion ein gutes. Es konnten folgende Preise festgestellt werden: Ochsenhäute 40—45; Minderhäute 42,10—55,20; Rindenhäute 35—50,90 Mark pro Stück.

* Die Sommerferien an höheren Schulen. Während bisher die Sommerferien an den sächsischen höheren Schulen fünf Wochen dauerten, sollen sie in diesem Jahre auf Grund einer Verordnung des Kultusministeriums auf vier Wochen gekürzt und so in der Dauer der Ferien für Volksschulen gleichgestellt werden. Die Ferienzeit wird in der Verordnung für die höheren Schulen auf die Zeit vom 15. Juli bis 14. August festgelegt. — An den höheren

Schulen ist die Wochenlindennacht erheblich höher als an den Volkschulen, und auch der Unterrichtsstoff ist weit schwieriger und infolgedessen eine längere Erholungszeit für Schüler und Lehrer berechtigt. Infolgedessen wird die Ministerialverordnung nicht überall Billigung finden.

* Prüfen des Reichsversorgungsgesetzes. Es ist beschlossen, verschiedene Prüfen des Reichsversorgungsgesetzes im Wege der Gesetzgebung zu verlängern. Das Reichsversorgungsministerium hat daher angeordnet, die Entscheidung über solche Anträge, für welche nach dem Reichsversorgungsgesetz die Prüfen bereits abgelaufen sind, zunächst auszulegen.

* Zeitbahn. 7. Öffentliche diesjährige Gemeinderats-Sitzung vom 31. Mai 1922. Raum: Gemeindeschulhaus Seitzbahn als Vorsitzender, der Gemeindeschultheit, 12 Gemeindetreter und 4 Bünder. Nachdem unter Mitteilungen einer größeren Aussichtsberichtserstellung bekannt gegeben wurde, beschloß man einstimmig, die Einbürgerungsfestrede der Herren Gottfried Schubert, Gustav Abolt, Witt und Albert Siebler, Seimlebauer Seitzbahn, abzuholen. Die Verantwortung für die Aussichtsberichtserstellung wurde mit Stimmenmehrheit auf 12 Mr. pro Sitzung festgelegt. Gegen das Votum des Gemeindeschultheit Adolf Christ, hier Eröffnung eines Autodromspuns auf dem Grundstück Nr. 61 best., wurden Bedenken nicht erhoben und soll der Raupolizeibehörde einberichtet werden. Am Jahre 1923 sollen gemäß Vorschlag des Bauausschusses die Göbbel-Langenberger Straße und der Seitzbahnweg zur Ausbesserung kommen und soll der Amtshauptmannschaft angezeigt werden. Vor der diesjährigen Sitzung sollen die Lichtensteiner- und Langenberger Straße mit Ries überzogen werden. Einstimmig beschloß der Gemeinderat den Beirat zum Gemeindeversicherungsverbande hinsichtlich der Unfallversicherung der Freiwilligen Feuerwehr. Seitzbahn meldete die Höchstädt an. Mindestens sollen sämtliche Bekanntmachungen der Gemeindeverwaltung im Steigeflughafen mit durch schriftlichen Umlauf bekannt gemacht werden. Kenntnis nahm man von der vorliegenden Übereinkunft über die erlöste Belebsterzung der Moritz-, Seitzbahn- und Langenberger Straße im Gesamtbetrag von 100.022,50 Mark. Dank für die schnelle und kluge Ausführung wurde dem Herrn Gemeindeschultheit aus der Mitte des Kollegiums gezeigt. Herrn Henckel, Vater Seitzbahn, wurde auf Anhören der Einbau einer Scheidewand in der Stube der Barackenwohnung auf eigene Kosten unter der Bedingung genehmigt, daß er, bei ev. Wohnungswchsel, die Stube in ihren früheren Aufstand auf eigene Kosten verlegt. Angetragen wurde die baldige Auflösungnahme des Ausbaues des Gemeindeamtsgeschäftes zu Wohnungswesen und nach ergänzender Ausprache beschlossen, die Angelegenheit nochmals zur eingehenden Vorberatung an den Bauausschuss zurückzuvorwerfen. Der Neuantritt der Feuerwehrsprüche wurde Herrn Otto Lau zur Ausführung übertragen. Der Vater der Familie Fröhle im Armentausgrund soll nach erfolgter Belebung durch den Gemeindeschultheit instandsetzt werden. Die Höhlerläden sollen beschafft werden und beauftragte man Herrn Förster mit der Ausführung. In der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wurden drei Revisionen, vier Wohnungs- und drei allgemeine Sachen erledigt.

* Strehla. Am Sonntag erlitt ein Fußballspieler einen doppelten Beinbruch, am Montag ein anderer einen einfachen Beinbruch.

* Lorenzkirch. Die diesjährige Fleischbenennung der Gemeinde wurde für 47.800 Mr. vergeben. Am vorigen Donnerstag brachte dieselbe Fleischbenennung 14.100 Mr.

* Dresden. 10.9 Millionen Mark Mehreinzahlungen sind im Monat Mai bei der Sparkasse der Stadt Dresden erwartet worden. Es wurden eingezahlt und 25,4 Millionen Mark und rund 14,8 Millionen Mark ausgezahlt.

* Plauen. Gegen übermäßige Preisteigerung melden sich der bietige Bürgermeister, der folgende Bekanntmachung hat auszulösen: "Vom Publikum wird noch zu wenig darauf achtet, daß Kaufleute ihre Warenbestände zu dem Einfuhrpreise ausgängig ihres Verdiensstes und ihrer Speisen verkaufen müssen, und daß ihnen keinesfalls das Recht besteht, alte Bestände zu Bucherpreisen abzugeben. Es liegt im eigenen Interesse der Käufer, Mißgriffe bei den Polizeibehörden anzugeben, daß die Landespreisprüfungsstelle davon Kenntnis erhält."

* Wilkau. Die Stadtgemeinde hat mit der Gemeinde Wilkau einen Vertrag wegen Gaslieferung abgeschlossen. Wilkau muß mindestens jährlich 300.000 cbm Gas abnehmen. Die Plauener erhalten das Gas zu 3,75 Mr. je cbm geliefert. Die Gasanstalt Wilkau wird stillgelegt.

* Plauen. Auf unserem Standesamt herrsche am Sonnabend Hochzeitstag. Die Zahl der angemeldeten Paare, den Pfingstsonnabend zum Hochzeitstag ausgewählt hatten, war so groß, daß 16 Paare bereits am Sonnabend getraut werden mußten, und 14 erst am dritten Feiertag in den Etagen der Wie einlaufen konnten. Um 6 Uhr erschien am Sonnabend früh das erste Paar, und von da bis ab gegen 3 Uhr mittags wurde Paar für Paar — insgesamt 49 — getraut, die sonst übliche Viertelstunde für eine Trauung mußte um etwa fünf Minuten verkürzt werden, weil sonst nicht alle gewünschten Geschäfte hätten durchgeführt werden können.

* Plauen i. B. Unter den verschiedenartigen Schauspielern auf dem Schützenfeste desto sich auch eine Raubtierzucht, in der u. a. mehrere dreistellige Wölfe zeigen werden. Ein 18 Jahre alter Schutzhund, der dem Kreisrat zuführte, stellte während der Vorführungen die rechte Hand durch die Eisenklau des Käfigs. Als nun der Tierhändler einen Pistolenhieb auf zwei Wölfe abgab, wurden diese unruhig, und ehe es jemand hindern konnte, schlugen sie nach dem Arm des Käfigs. Die eine der Bestien biß den Unvorsichtigen in die Hand, die andere in den Oberarm. Der Knabe trug schwere Verletzungen davon.

* Döbeln i. B. In einem Anfall von Geistesstörung fuhr der auf dem Taltiger Rittergute bedienstete, etwa 30 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiter Seeling seinem Bruder durch großen Schaden zu, daß er einen wertvollen Jagdhund, mit dem er eben von der Feldarbeit befreit wurde, im Stalle mit einer Axt tödlich.

* Döbendorf bei Reichenbach. Eine unglaubliche Röhrigkeit ließ sich ein Reichenbacher Einwohner am zweiten Feiertage nachmittags auf dem Karlssturm aufzudrängen. Er warf einen Hund vom Karlssturm herab. Die zahlreichen Besucher der Karlsbühne waren mit Furcht über diesen Kreuel aus höchste empört und erbittert und nur der Aufblitzung aller Kräfte der bietigen Polizei gelang es, den Rohling vor einem Spindelcrat zu bewahren, indem man ihn in den dortigen Steinbruch kürzen wollte.

* Hohenstein-Ernstthal. Einen tödlichen Schädelbruch erlitt der 50-jährige Nadelmacher Hohmann, der im Uebermarkt über einen Steinkrugbraten sprang und hierbei auf einen Schleunenstein aufflog.

* Roßlau. Am zweiten Feiertag brach ein großes Schadenstück aus, das die freitreibende, zum Rittergut Ottenhain gehörige Feldscheune mit vielen Strohballen, als Automobile, Dresch-, Mäh- und Sämaschinen, binn einer Stunde in Flammen legte. Als Täter ist der 15-jährige Fürsorgejung Hans Vogt Richter aus Taucha bei Leipzig ermittelt worden. Der Junge hat sich bei der Scheune eine Zigarette angezündet und das brennende Streichholz achtlos weggeworfen.

* Leipzig. Der Gemeinderat zu Gaußs bei Leipzig hat einstimmig beschlossen, für die Schule einen modernen

Gruß-Grenzmark-Sinoapparat und einen Geo-Projektionsapparat mit Goldblatt und Mikroprojektor anzu kaufen. Beide Apparate kosten 61120 Mr. Dadurch ist für die Schule die Möglichkeit geschaffen, den Lehrfilm als äußerst wichtiges Unterrichtsmittel zu verwenden. Das Goldblatt ermöglicht jede beliebige Abbildung und Zeichnung auf den Lichtbildschirm zu projizieren. Oben können alle mikroskopischen Apparate in starker Vergrößerung den Kindern auf der Leinwand gezeigt werden.

* * *
Gera. Anonyme Schreiben hatten ein Blatt, etwa 35 Jahre alter, schon längst verkehrsreiter Einwohner und ein in den 40er Jahren stehendes Krautlein aus achtbarer Familie in jüngster Zeit wiederholt erhalten, in welchen die gegen seitige Viehbestellung bekannt wurden. Da der gegen seitige Viehbestellung bekannt wurde, so darüber die Krone aufgestellt, daß vor ca. 14 Tagen in der kleinen Tagespresse beider Verlobung bekannt gegeben wurde. Diese Schreiben und ausweiternd diese Angelegenheit haben den Mann leicht daran erkannt, daß er sich mit Viehbestellung versteckt hat. Es ist gelungen, den Viehbestreiter in der Person eines etwa 30 Jahre alten Arbeiters zu ermitteln.

Börsenwirtschaftliche Wochenübersicht.

Die Berichte der Handelskammern lassen sich, daß wieder eine Belebung des Geschäfts zu erwarten sei. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß ein weiterer Anstieg der Preise allgemein erwartet wird. Die Bedenken, die bisher einer Steigerung des Antriebs am Effektivpreis am Deutensmarkt gegenüberstanden, sind fast völlig beseitigt. Tatsächlich wird heute nicht mehr als eine Störung des Geschäfts angesehen. Man weiß, daß eine wirkliche große Auslandsanleihe nicht zustande kommen wird. Eine Anleihe von zwei bis drei Milliarden aber geworden und, selbst wenn sie erhalten, höchstens eine Atempause. Hugo Stinnes aber, der auch von seinen Gegnern als der erste deutsche Kaufverstandige in Wirtschaftsangelegenheiten angesehen wird, hat jedoch erst in einer Versammlung Norddeutschlands Wirtschaftsvertretungen gefragt: "Die Auslandsanleihe ist es nicht, sie tut genau das Gegenteil. Sie schafft ein bis zwei Jahre eine sogenannte Atempause, in der verstreut wird, die Inflation nicht abgestoppt wird". Wir werden also mit einem weiteren Fortschreiten der Inflation und damit der Preise rechnen müssen.

Schlimm ist nur, daß die Lage unserer Produktion auch bei weiterer Verschlechterung unserer Politik immer kritischer wird. Die Passivität unserer Handelskammern hat alle Aussicht noch ärgerlich zu werden, als sie jetzt schon ist. Eine ähnliche Stellung über den deutsch-französischen Handel setzt, daß Deutschland nach Frankreich im ersten Quartal 1923 für 810 Millionen Francs Waren ausführt, während wir in der gleichen Zeit des Vorjahrs noch für 745 Millionen Francs Waren nach Frankreich ausführen konnten. Schuld daran ist neben dem Steigen der deutschen Herstellungskosten das Verschwinden der volatilen Märkte, sich gegen die deutsche Einfuhr abschließen. Erst kürzlich hat wieder eine Versammlung französischer Wirtschaftsführer den Ausbau des Systems der Antidumpingzölle verlangt. England verfährt ähnlich und selbst in dem neutralen Spanien ist ein Kampf um die Valutaschäfte entbrannt. Als Abwehrmittel gegen diese Bestrebungen, die deutschen Waren vom Weltmarkt zu verdrängen, hat der Eisen- und Stahlwarenverbund in Elberfeld die Abschaffung der Ausfuhrabgaben gefordert. Derselbe, nach auf den Export angewandte Industrieverband hat auch, wie vorher schon andere Industrieverbände, wegen der Kapitalnot, unter der Industrie und Handel gerade jetzt schwer leiden, die Förderung erhoben, doch die Erhebung der Auslandsanleihe nicht in einer, sondern in mehreren Stufen erfolgen sollte. Analogisches ist über die Auslandsanleiheborlage in der von der Reichsbegleitung gewollten Form, mit einzigen wenigen Abberungen, bereit dem Reichstage eingereicht worden.

Ein Blick auf die letzten Berichte der Reichsbank zeigt uns, wie unanständig die von der Reichsregierung gegenüber der Reparationskommission eingegangene Verpflichtung, die schweren Schulden des Reichs nicht über den Stand vom 31. März d. J. hinaus zu erhöhen, ohne eine große Auslandsanleihe ist. Schon jetzt haben sich die schwierigen Schulden des Reichs seit dem 31. März um 17,8 Milliarden Mark vermehrt. Es ist unbeschreiblich, diese etwa durch Steuererhöhungen einzubringen zu wollen. Vom Reich her also hat die deutsche Produktion keinerlei Förderung oder Erleichterung zu erwarten. Der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat uns eine dreifache Krise, eine Produktions-, eine Abnah- und eine Kreditkrise prophezeit. Ohne eine auswärtsige Hilfe sind diese Gefahren weitestgehend nicht zu überwinden. Erhalten wir jedoch auch eine kleine Atempause, so bedeutet das nur eine augenblickliche Atempause, aber für die Zukunft eine um so schwerere Belastung.

Bermittlungen.

Eine Razzia im Sigeuner Lager Weihensee. Der B. B. a. W. zulässig wurde eine im großen Maßstab angelegte Razzia gestern nach gegen 3 Uhr von der Kriminalpolizei durch das Sigeunerlager in Weihensee ins Werk gelegt. Es wurden 10 Personen wegen Geldschmuggels und Steuerhinterziehung festgenommen und Gold- und Silberbarren von hohem Wert, sowie Barträge in Höhe von 10.000 Mark eingezogen. Außerdem wurde eine ganze Reihe von Gütern, die von Diensthaben hergestellt, in das Polizeipräsidium eingeliefert. Die Verhafteten sind in das Polizeipräsidium eingeliefert worden.

* Posener Krankungen in Heilbronn. Nach der B. B. a. W. sind in Heilbronn nach amtlichenstellungen 7 Fälle von Posener Krankungen vorgekommen, davon zwei schwere und zwar die eines 10jährigen Kindes und einer 67jährigen Dame. Beide sind jetzt allerdings wieder außer Gefahr. Als Ansteckungsbericht vermutet man alle Pumpen oder auch Posaiergeld.

* Verhafteter Halschmäcker. Einer Berliner Korrespondent zufolge wurde in Riebenberg der Steinbrüder Gustav Steffen verhaftet, als er in einem Geschäft eine Kugel einen falschen 50-Markstein zahlt. Der festgenommene, in dessen Wohnung noch eine Anzahl falscher Pfennigmärkte sowie eine Steindruckpreise und Drucksteine gefunden wurden, räumte ein, daß er schon seit Jahren 50-Marksteine hergestellt und in kleinen Geschäften vertrieben hat.

* Dampfer zusammenstoß. Blättermeldungen aus Danzig zufolge wurde gestern im dortigen Hafen der große Schlepper und Bergungsdampfer "Welschel" von dem einlaufenden Dampfer "Polonia" gerammt. Der Schlepper sank sofort. Von der an Bord befindlichen 6 Mann starken Besatzung wurde 5 getötet, während der Dampfer extrakt.

* Großer Waldbrand. Nach einer Meldung des Berliner Tagesschafft vernichtete in der Nähe von Dölln und Eichede ein Waldmacher Hohmann, der im Uebermarkt einen Steinkrugbraten sprang und hierbei auf einen Schleunenstein aufflog.

* Holzengewerber Blitzschlag. Bei Holzengewerber in Niedersachsen wurden nach einer Meldung des Berl. Holzengewerber während eines Gewitters der Gewitter

praktizant Richard Straub vom Witz erzögten. Werner wurden 14 Personen zu Boden geworfen und bestürzt.

Ein Sensationsprozeß in Paris. Am Donnerstag begann vor dem Pariser Schauspiel ein Sensationsprozeß, der in Paris heimlich die Aufmerksamkeit erregt wie die Verhandlungen gegen Sandru. Frau Bessaraboff und deren Tochter Paula Jaques sollen den zweiten Ehemann der Frau Bessaraboff, einen Rumänen namens Weihmann, ermordet haben. Der Tote wurde in einem Koffer gepackt auf dem Bahnhof Nancy vier Tage nach der Tat entdeckt. Frau Bessaraboff hat nach anfänglichem Beugnen die Tat zugegeben. Sie will aber aus Selbstvertheidigung gehandelt haben. Nach ihren Angaben hat Weihmann sie hintergangen und gebracht, die Tochter Paula unter Umständen mit Gewalt zu seinem Willen zu bringen. Die Anklage will den Nachweis führen, daß beide Frauen die Tat bewußt begangen haben, um einen Geldbetrag von 20.000 Franken, der Weihmann gehabt, in ihren Besitz zu bringen. Es soll nachgewiesen werden, daß Frau Bessaraboff und ihrem ersten Ehemann, der unter rätselhaften Umständen erschossen wurde, ums Leben gebracht hat. Frau Bessaraboff war unter dem Decknamen Miril als Schriftstellerin tätig. Sie hat einige Romane und Gedichtsammlungen herausgegeben, die in Pariser Gesellschaftskreisen sehr hoch geschätzt werden.

Schiffe, die unter einer Stadt fahren. Das technische Wunder, das große Schiffe von 1500 Tz. unter einer Stadt durchfahren, wird zur Wirklichkeit werden, wenn der riesige Schweizer Plan der Verbindung des Rheins mit der Rhône verwirklicht werden sollte. Unter der Stadt Genf werden dann Dampfer verkehren, die Brüder von den Höhen der Nordsee und von London zum Fuß der Alpen und weiter führen. Da die Rhône bei Genf sehr flach ist, so soll ein tiefer Kanal angelegt werden, der mit dem Genfer See in Verbindung steht, und dieser Kanal soll unter der Stadt Genf selbst durchgeführt werden. Die Schweiz, ein Hinterland ohne Hafen, würde durch diesen vorgestellten Ausbau der europäischen Wasserwege einen ungeheuren wirtschaftlichen Aufschwung nehmen, denn wenn die großen Verkehrsadern des Rheins, der Rhône und der Donau für Schiffe von 1000 Tz. fahrbare gemacht sind, wird die Schweiz der Mittelpunkt und das Durchgangsland für einen großen Teil des ganzen auf Wasserwegen geführten europäischen Handels. Wenn die vor den verschiedenen am Rhein interessierten Regierungen gesetzliche Regelung am Stromlauf durchgeführt sein wird, dann werden Schiffe von 1500 Tz. Basel zu jeder Jahreszeit erreichen können. Von Basel wird ein Schleusenkanal bis zum Konstanzer See bringen, wobei für die Verbindung mit der Donau bei Ulm durch einen Kanal gesorgt wird. Dadurch erhält die Schweiz eine direkte Verbindung mit Rumänien und den Balkanländern des Ostens. Über von noch größerer Bedeutung für die Schweiz bleibt die Rhône sein. Viele Millionen Franken werden freilich dazu verwendet werden müssen, um diesen Fluss bis Genf schiffbar zu machen. Aber wenn der Genfer See im Sommer als Wasserkreislauf benutzt wird, wird man dadurch zugleich billige Wasserkraft für die Industrie erhalten. Um den Kanal vom Genfer See nach dem Neuchateler See zu führen, wird ein sehr kompliziertes Schleusensystem nötig sein. Die Kosten für diesen Teil der Kanalansiedlung allein werden auf etwa 175 Millionen Franken berechnet. Von Neuchatel wird der Kanal durch den Bieler See und die Aar entlang laufen, um bei Delsberg in den Rhein zu münden. Weitere Wasserwege werden ähnlich wie Duern und Vern mit Thun verbinden. Auf diese Weise könnten Waren von London direkt bis zum Thuner See transportiert werden, also 45 km mit der Bahn von der italienischen Grenze entfernt. Man schätzt die Kosten dieses Kanalplanes, der Norderdam mit Martigny verbinden würde, auf 400 Millionen Franken; es würde aber damit ein bisher unerreichtes Wunder der Technik von großer wirtschaftlicher Bedeutung geschaffen werden.

Ein Storch als Brücke über mittler. Ein in sein Nest nach Bieblau (Bez. Magdeburg) zurückgekehrter Storch trug einen Gegenstand an Halle. Es gelang ihm in eine Scheune zu locken und einzufangen. Am Hause war ihm künftigerecht ein kleiner Federbüschchen befestigt, in dem ein Sittel mit folgender Inschrift lag: „Einen Bruch der deutschen Heimat! Willi Bucha, Baumer in Roma am Historischen Kästchen.“ Gedoren am 12. Februar 1897 in Verden, Ostpreußen.“

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 9. Juni 1922.

Mährisch-österreichische Grenzfälle.

* Berlin. Die Nachrichten über die polnisch-russische Grenzlinie werden auch von polnischer Seite bestätigt. So ist die ostgalizische Grenze nach Mähren vollkommen geschlossen. Die Gründe für diese russische Maßnahme sind

in Polen unbekannt. Man nimmt an, daß sie rein finanzieller Natur sind, da der österreichische Grenzschluß auf Schwierigkeiten vor sich geht und sich der staatlichen Kontrolle entzieht. Doch wird auch noch mit der Möglichkeit gerechnet, daß die russische Regierung auf diese Weise einen Druck ausüben will, um zu Verhandlungen über einen russisch-polnischen Handelsvertrag zu kommen. In Polen würde man einem solchen Wirtschaftsabkommen nicht ablehnend gegenüberstehen, doch wird der praktische Wert nicht zu hoch eingeschätzt, da die Russen alle derartigen Verhandlungen mit der Römerburg nach Vreden eingehen. Den Anfangsmoment mit der russischen Grenzsperrung verbreiteten Berichten von Kriegsverbrechen Polens wird entschieden widergesprochen. Polen verlor durchaus eine friedliche Politik gegenüber dem östlichen Nachbar und habe eben in Genf sich wiederholt als Vermittler zwischen Russland und den übrigen Staaten angesehen.

Worthilfe über seine Deutschlandtrete.

* Amsterdam. Aus London wird gemeldet: Lord Northcliffe, der Herausgeber der "Times" und der "Daily Mail", schwört fest — wie bereits angekündigt — in diesen Zeitungen die Einbrüche, die er auf seiner Reise durch das Vereinigte Königreich gemacht hat. Er beginnt damit, daß ihm schon bei der Überquerung der Grenze durch den elegant gekleideten Postbeamten ein freundlicher Empfang bereitet wurde. Deutschland selbst zeigte sich im besten Lichte. Besonders auffällig sei die große Zahl der werbenden Mütter, die er nirgends in so großer Anzahl und so stolz gesehen habe. Dazu schreibt er: bei der Abschaffung der Zölle hat man den jungen Männern gefallen, gehen hin und mehret die Bevölkerung. Offenbar erfüllen sie ihre Pflicht. Sehr in Japan und in Russland sieht man nicht soviel Kinder, die großflächig gepflegt sind, und alle sind weit besser gestellt als je zuvor. Die kleinen Laden der Töchter sind gefüllt mit guten Waren. Überall sieht man neue Häuser. Northcliffe schreibt dann, ein deutscher Baumeister habe ihm erklärt, das deutsche Baumwolle sei niemals so beschäftigt gewesen als gegenwärtig, und das einzige Hemmnis sei der Mangel an Ziegelsteinen und sonstigem Baumaterial. Der deutsche Baumeister strecke mir seine Hand hin, aber, da ich keinem Deutschen die Hand schüttle, sag er sie zurück, schling die Hände zusammen, verdeutige sich und ging fort.

Die Wahlen in Ungarn.

* Budapest. Am Sonntag werden die letzten 28 Stichwahlen vorgenommen, die zum großen Teil den oppositionellen Parteien Erfolg versprechen. Die heute bekannten gewordenen weiteren Wahlergebnisse in Budapest bedeuten für die Opposition eine weitere Vermehrung ihrer Mandate, in erster Reihe für die Sozialdemokraten, die jetzt über 24 Sitze in der Nationalversammlung verfügen. Die Sozialdemokraten sprechen heute in ihrem Parteiraum neuerdings den Wunsch aus, in allen freien Wahlen gemeinsam mit der liberalen Opposition vorzugehen. Gleich nach Abschluß der Wahlen sollen hierüber Verhandlungen zwischen den gleichgesinnten Elementen der Opposition eingeleitet werden.

Eine Mitteilung der Reparationskommission.

* Paris. Die Reparationskommission hat gestern abend folgende Mitteilung veröffentlicht: Der Anteilsauskunftsbericht legt die Aussage über die durch die gestrige Antwort der Reparationskommission entstandene Lage fort und wird mit der Prüfung in der neuen Sitzung am 9. Juni fortsetzen.

* Paris. Die Morgenpost glaubt berichten zu können, im internationalen Anteilsauskunftsbericht hätten sich gestern zwei Straßmänner getötet gemacht. Die eine Richtung gebe dahin, unter vollkommenen Anerkennung der Schwierigkeiten, die sich augenscheinlich der Regelung einer internationalen Anteile entgegenstellen, die Zukunft dadurch vorbereitet, daß Empfehlungen von positivem Gewonne ausgearbeitet werden. Die andere Richtung, die nach dem "Petit Parisien" vorgeherrscht haben soll und für die Morgan eintrete, vertrete die Auffassung, man müsse, damit der Anteilssatz nicht ständiger werde, einen Bericht vorbereiten, um die Bedingungen festzulegen, unter denen später die Anteile durchgeführt werden könnten. Das Blatt sagt, es besteht also die Hoffnung, daß der Bericht, den der Ausschuss vorbereite, wenn er auch wenig ermutigend für die Gegenwart sei, doch für die Zukunft möglich werde. Obwohl die Ablösung eines Teils der deutschen Schulden und der internationalen Kriegsschulden unmöglich erscheine und Morgan einen solchen Schritt bei dem augenblicklichen Stande der öffentlichen Meinung in Amerika nicht empfehlen könnte, so werde doch wenigstens der Bericht des Anteilsauskunftsberichts vielleicht den Weg zur Regelung dieser internationalen Abrechnung ebnen. Der "Petit Parisien" fügt hinzu, allerdings müsse man wissen, welche Haltung Deutsch-

land einnnehmen werde. Alle Anstrengungen, die augenscheinlich in Paris unternommen würden, würden vergeblich sein, wenn, wie die aus Berlin eingetroffenen Nachrichten berichten liefern, die deutsche öffentliche Meinung, wenigstens ihr einflußreichster Teil, legt der Anteile feindlich gesinnt wäre. Man lehne es ab, dem Landen zu können; denn Deutschland würde durch eine derartige Haltung oder wenn es aus den augenscheinlichen Schwierigkeiten einen Grund verleiten sollte, um seine am 31. Mai übernommenen Verpflichtungen in Drage zu stellen, wieder eine Art der Sanktionen unter Aufnahme der Gewalt eröffnen.

Nach dem "Deutsche" ist auch gestern im Ausdruck die Anteile ausgeschlossen worden, man könne einen Ausweg vorstellen, der, ohne die Gesamtshuld Deutschlands herabzuleben, wenigstens seine Zahlungen für eine Reihe von Jahren vermindere. Es sei nicht wahrscheinlich, daß dieser Plan angenommen werden. Andere wieder seien für eine kleine Anteile von höchstens einer Milliarde Dollars eingetreten, die Deutschland wenigstens für einige Jahre Ruhe bringen dürfte. Endlich sei vorschlagen worden, daß der Anteilsauskunftsbericht nicht aneinandergehen sollte, ohne mindestens in theoretischer Form die Bedingungen für die Abwicklung der deutschen Schulden durch eine internationale Kreditoperation schließen. Das Blatt nennt die Vorstellung eine Art Anteilstümme des Reparationsproblems zum Gebrauch der Kreis der alliierten Planerungen. Aber der Anteilsauskunftsbericht sei nach das Testament des Anteilsauskunftsberichts. Das Blatt hofft, daß der Ausdruck erneut der Schriftsteller der französischen Politiker ein praktisches und bleibendes Werk hinterlässt.

Das französische Budget.

* Paris. Der Finanzausschuß der Kammer verhandelte gestern in Gegenwart des Ministerpräsidenten und des Finanzministers und des Ministers für die betreuten Gebiete über den Antrag eines Budgets. Der Ausschuss beauftragte den Generalstaatsrat, ihm in kürzester Frist Vorschläge zur Herabstufung des Budgetdefizits auszuarbeiten, und bestimmt ferner, die Steuerung aufzufordern, einen Sonderauskunftsbericht einzulegen, um eine tiellarende Umgestaltung in der Normalisierung herbeizuführen. In der Debatte wies der Reichstagsabgeordnete Boimorto auf die Beschränktheit einer Anteilepolitik hin. Boimorto erklärte, daß sei ihm wohlgefallen.

Er sei bereit, Anträge auf Herabstufung der Ausgaben und auch jedem Vorschlag auf Erhöhung der Einnahmen zu stimmen, die der Finanzausschuß unterbreiten könnte. Nach dem "Journal" erklärte Boimorto hinsichtlich der Frage einer internationalen Anteile, die Delegierten der Reparationskommission, die der Erneuerung des Mandats des Anteilsauskunftsberichts zugestimmt hätten, hätten noch keineswegs die Herabstufung der deutschen Schulden angenommen.

* Paris. Am gestrigen Ministerrat gab Finanzminister de Latourde von seiner Absicht Kenntnis, nächstens eine neue Anteile beim Credit National aufzulegen.

Der Präsident von Wladivostok verhaftet.

* Moskau. Aus Wladivostok wird gemeldet, die dortige Nationalversammlung habe den bisherigen Präsidenten Wladiwostok verhaftet lassen, weil er in gefährlicher Weise die Auflösung des Parlaments angeordnet habe. Es sei eine neue Regierung gebildet worden, die eine verbindliche Haltung gegenüber der benachbarten Republik des Fernen Ostens einnehme. Japan habe die neue Regierung bereits anerkannt.

Botschafterkrisen in Washington.

* Paris. Der "New York Herald" meldet aus Washington, daß in den Senatsdebatten die Botschafter Englands und Italiens von dem Senator Watson wegen verschiedener Reden, die sie gegen den Handel der Vereinigten Staaten gehalten haben, energetisch angegriffen worden sind. Es handelt sich um folgende Fälle: Der englische Botschafter Geddes hatte in einer Rede in Kalifornien dazu aufgefordert, englische Waren nur auf britischen Schiffen zu befördern. Der Botschafter Ricci bat darauf hingewiesen, daß die Amerikaner Birken und Oliven, die aus Italien kommen, mit hohen Zöllen belegen, und so müsse es auch unbedingt Ausgabe der italienischen Regierung sein, ihrerseits die aus Amerika nach Italien importierten Waren mit hohen Zöllen zu belegen. Watson meinte, es sei sicherlich nicht klugste fremder Botschafter, derartige Politik zu machen. — Über den wahren Grund der bevorstehenden Abreise des ehemaligen russischen Botschafters Bachmetow, der durch den finanziellen Attacke des russischen Botschafters erlegt werden soll, meldet Davas ergänzend aus Washington, Bachmetow sei der Gegenstand von Kritiken gewesen, weil er Washington nicht verlassen habe. Er habe unter diesen Umständen dem Staatsdepartement mitgeteilt, daß er bereit sei, zu geben, wenn es vom Staatsdepartement gewünscht werde.

phantastischen Märchenraum aufzuladen, sondern sie bewußt im Raum des Tatsachen stehen, andere zu führen und durch das Leben zu tragen.“

Die etwas zusammengenommenen, grünlich schwimmenden Augen des Käfers waren hell aufgelöst und hatten sich leidenschaftlich bittend in Dorothés Antlitz gebohrt.

Dorothéa stoppte angstvoll das Herz. Sie schritten jetzt über den weißen Platz, hinter dem königlichen Schloß, der Langen Brücke zu. Unstetig balancierte Dorothéa um die Wasserlachen herum, die sich hier und da vom Regen gebildet hatten, um einer Kugel entzogen zu sein.

Doris aber ließ kein Opfer nicht so leicht fahren. Sie siegte die Brücke erreichten, was er schon wieder dicht an Dorothés Seite, immer eindringlicher langt seine Stimme:

„Sie weinen mir aus, Bräutein Bauer. Wollen Sie mir nicht eine Antwort geben?“

Sein Bild hatte etwas Bannendes, das Dorothéa in die Enge trieb. Ein Schrei lag über sie hin. Hartig wurde ihr Schrei, als sie abwehrend sagte:

„Wilt mir meint es niemand gut, Herr von Dewis, und ich brauche auch niemand.“

Die Sonne war zuerst bitter, dann trostig geworden.

„So dürfen Sie nicht reden, Bräutein Dorothéa“, bestätigte der Käfer stolz. „Ich weiß ja, daß Sie in Ihrem Elternhaus viel zu dulden haben. Umso mehr sollten Sie die Hand eines treuen Freunde schließen, der bereit ist, stets mit Gut und Blut für Sie einzustehen.“

Er hatte Dorothéa die schmale Hand gereicht, doch Dorothéen nahm sie nicht.

Er drehte über sich selbst, berart unverhohlen ihre Gefühle zu äußern, schritt sie hastig die Königsstraße lang und bog dann schnell in die Straße „Am hohen Steinweg“ ein.

„Sie antworten mir nicht,“ mahnte Ernst von Dewis.

„Haben Sie mich nicht verstanden?“

Seine Augen suchten die ihren.

„Es ist schon spät.“ meinte Dorothéa verlegen — von der St. Marienkirche bröckeln soeben großes Schläge und von der Barockfassade flang matt das Glockenpiel herüber — „Tante Hannchen hat mich schon durch den Spion“ an ihrem Fensterplatz bemerkt — ich muß mich eilen.“

Doris wogte nicht, weiter in Dorothéa zu bringen, sondern lächelte et auch die scharfen Augen von Tante Hannchen und mehr noch ihren Gott.

Dorothéa folgt.

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Liebeserzählung von Anna Wothe. Amerikanisches Copyright 1918 by Anna Wothe-Blahn, Leipzig.

9. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Dorothéa knüpfte und handelte auch, wo es not tat, wohlbereit und gewissenhaft. Die Liebe des Trägerin füllte sich aufwärts. Ernst von Dewis hatte das Einlaufen bald gründlich fort. Nicht einen Blick hatte das Schönheit für ihn dabei.

„Kun zu den Göttern,“ lächelte Dorothéa unschuldsvoll wie ein Lamm.

Lebenslänglich schritt Dewis an ihrer Seite über den unwillkürlichen Platz. Da drüben standen in endlosen Reihen die Bauernwagen aufgebaut und über die langen Padden beider Längsseiten hingen die Hände der innen aufgestapelten Hände herab. Das sah überaus sommers aus.

Dorothéa handelte ihre Sache ein, eine ganz fette, schwere, und Ernst von Dewis, der eigentlich auf das Rathaus wollte, sagte wie betrunken aus.

„Wie gut, Bräutein Bauer, daß wir nun den gleichen Weg haben. Wenn Sie gestatten, begleite ich Sie nach Hause.“

Dorothéa schüttete die Hände. Der Schelm sah ihr ins Gesicht und sagte: „Wie ich sehe ja gar nicht nach Hause. Ich will zu meinem Onkel Gottlob am Hohen Steinweg. Wissen Sie, er wohnt an der Bischofsstrasseende, nicht am Neuen Markt.“

„Witzig,“ meinte schnell gefaßt der Professor. „Da fällt mir übrigens ein, daß ich noch aufs Rathaus muß. Das könnte ich gleich abmachen.“

Dorothéa lachte ergeben und voll. Es war also kein Versprechen.

„Werben Sie bei ersten Ball im Weihhaus mit,“ fragte Dewis, an der Seite Dorothéa, die ihre Kleidertrau, die sie wohl kannte, mit ihrer Faust nach Hause geholt hatte, langsam abwischend.

„Ach, ich glaube nicht, Mama duherte gegen den Vater, daß die Halle im Weihhaus ihr zu populär“ wären.

Der Professor blieb sich auf die Lippen.

„Den Juristball werden Sie doch sicher besuchen, Bräutein Dorothéa? Es soll in Urnings Hotel „Unter den Linden“ stattfinden, und der große Ball der „Politischen Gesellschaft“ bei Karl soll so glänzend werden.“

Für die uns anlässlich unserer Vermählung dargebrachten Glückwünsche und wertvollen Geschenke danken

Augleich im Namen unserer Eltern aufs herzlichste.

Nördern/Osterwerda, 9. Juni 1922.

Otto Barth und Frau Martha geb. Wiegels.

Al. Nehmischer, schw. u. braun gefleckt, entlaufen. Wiederbring. erh. Belohn.

G. Bachmann, Bismarckstr. 57. Warne vor Ankunft.

Sonne! Wer will gut u. billig zu Hause

Schuhmacher haben, bin ledig. Suche einfach mögl. Zimmer, auch unmiß. Preis. Nebenlache, Gröba oder Niesa. Öfferten unter V. M. 8996 an das Tageblatt Niesa.

5000 Mark werden sofort gegen hohen Ansatz zu leihen gefügt.

Öfferten unter V. M. 8997 an das Tageblatt Niesa.

Arbeiterinnen

geübte und lernende, auch für Heimarbeit, stellt ein

Haarfärik

Bornitz bei Oschatz.

1 Pferdejunge

v. 15-18 Jahren gefügt.

Gutshof Tamm, Biebau.

Jüngerer Fleischergeselle

für sofort ob. spät. gefügt.

Dr. Haupt, Fleischermiester,

Oschatz, Hofstolzstr. 38.

Guten Möbelsticker

sucht sol. Tischlermeister. Aug.

Gildebrandt, Goethestr. 40.

Zu sehe Wirtschaftsgesell.

Vierdeja, Wirtschaftsführer.

Adolph, Groß, Al. Mod.

Köhler, St. Str. Schulstr. 17.

Kontorist

m. Stenograph, Maschine-

schreiber, Lohnberechnung,

Krankenkassenrechnung und

etwas Buchführung ver-

traut, sofort gefügt.

Angebote mit Lebens-

lauf und Neugnissen an

Keramische Werke Strehla

G. m. b. H., Strehla Elbe.

Wirtschaftsgesell sucht jung.

arb. Mann. Vorberaus-

posten bevorz. Ant. sof. ob.

später. V. M. 1. Q. M. 8991

an das Tageblatt Niesa.

Wir suchen sofort

Grundstücke

jetzt. Billige, Distanz, Bandhäuser

Höfe, Stadtgrundstücke,

für sehr zahlungsfähige

Kaufinteresse.

Dr. Landwirtschaftsbank

Berlin N. 24.

Eine Waschmaschine

billig zu verkaufen.

Taubis, Parkstr.

Wein-Kognak-Flaschen

faut zum Preise von

W. 3,50 per Stück

Richard Boden,

Wein-Großhandlung und

Winfabrik, Fernstr. 172.

Gröber Witten werden

auf Wunsch abgeholt.

Kirchennachrichten.

Trinitatissfest 1922.

Niesa. Trinitatissfest: 9 Uhr Predigt (Rom. 11, 28-29), danach Abendmahl (Luthardt). 11 Uhr Versammlung der Konfirmanden des H. Pf. Sac. Klosterkirche:

8 Uhr Predigt (Luthardt). Evang. Jungfrauenverein

1 Uhr ab Jugendheim nach Nördern. Mittwoch

Seelsorgerinnens-Abendpredigt. Donnerstag. Missionsabend.

Freder.-Aug.-Str. 9. Dienstag 8 Uhr Gemeinschaftsstunde.

Wieda. Vorm. 8 Uhr Predigtgottesdienst.

Gröba. Früh 8 Uhr Jugendgottesdienst (Deneke), 11 Uhr Kinder-

gottesdienst in Pohra. Dienstag abends 8 Uhr Bibel-

stunde des evang. Jungfrauenvereins (Berger).

Pausitz. 1/2 Uhr Messe, 8 Uhr Predigtgottesdienst,

10 Uhr Unterredung mit den Junglingen in der

Pfarre, 1/2 Uhr Unterredung mit den Jungfrauen in

der Kirche, danach Versammlung in der Pfarre.

Nördern. 8 Uhr Predigtgottesdienst. Nachmittags und

abends im Waldschlößchen Kreisfest der Jungfrauen-

vereine. 5 Uhr Gottesdienst (Pf. Friedrich, Niesa).

Geithain. Vorm. 1/2 Uhr Predigtgottesdienst. Der Er-

öffnungsgottesdienst zum Konfirmandenunterricht kann

erst nächsten Sonntag, den 18. Juni, stattfinden.

Stauchitz. Sonntag 8 Uhr Predigt, 1 Uhr Kinder-

Gottesdienst. Jungfrauenverein 2 Uhr Kreisfest in Nördern.

Die jungen Mädchen und ihre Angehörigen sind dazu

herzlich eingeladen.

St. Barbara-Kapelle (Mathildenstraße 9).

Um 1/2 Uhr Gelbmesse, 9 Uhr Hochamt mit Predigt

und Segen, 4 Uhr Jungfrauenverein, 8 Uhr Männer-

verein im Dampfbad. Donnerstag, Feuerwehrtag, Gottesdienst 1/2 Uhr. Werktag 11. Messe um 1/2 Uhr

außer Mittwoch.

Spars- und Bauverein Niesa, e. G. m. b. H.

Vernagten. Bilanz am 31. Dezember 1921. Schulden.

	M.		M.
Unbebauter Grundstücke	1095,29	Geschäftsgegenstände d. Mit.	51854,56
Miethäuser	806104,71	Reservefonds	3720,73
Bankguthaben	12630,-	Depotbestandsguthaben	249723,97
Kassenbestand	1778,62	Abindbare Anleihen	6000,-
Betörungen	1300,-	Geschäftsgegenstände aus-	
Lauflende Rechnung	1078,28	geliebt. Mitglieder	1962,51
Berlust	5498,73	Reparaturen - Unter-	
		stützungskonto	6000,-
		Sonstige Schulden	10780,86

M. 329492,63 M. 329492,63

Mitgliederbewegung

Mitgliederzahl am 1. Januar 1921 147 (mit 271 Anteilen)

Eingetreten im Jahre 1921 19 (mit 24 Anteilen)

Weitere Beziehungen 0 (mit 0 Anteilen)

zusammen 166 (mit 295 Anteilen)

Durch Übertrag. schieden i. Laufe d. Jahres 1921 aus 5 (mit 10 Anteilen)

Mitgliederzahl Ende 1921 161 (mit 285 Anteilen)

Mit Ablauf des Jahres 1921 schieden aus 4 (mit 5 Anteilen)

Mithin Mitgliederbestand am 1. Januar 1922 157

Zahl der Geschäftsanteile 280

Im Laufe des Jahres 1921 hat sich das Geschäftsguthaben der Mitglieder um M. 309,61 vermehrt.

Die Gesamtkontostellung betrug am 1. Januar 1921 M. 54200,-, am

Schluss des Jahres 1921 M. 57000,- und am 1. Januar 1922 M. 56000,-.

Sie hat sich im Laufe des Jahres 1921 um M. 1800,- vermehrt.

Niesa, am 8. Juni 1922. Der Vorstand

des Spar- und Bauvereins Niesa, e. G. m. b. H.

Dr. Schneider. R. Schenke.

Deutsche Männer und Frauen!

Sorgt durch Eure Eintragung in die Abstimmungslisten für das Volksbegehrn dafür, dass die sozialistische Klassenregierung beseitigt wird.

Speisekartoffeln

je Rentner M. 160,- hat abzugeben.

Hans Ludewig, Gröba

Spinnereistr. 11 — Telefon Niesa 68.

Hans Stühlers

Wachholderbeersaft

ohne Zucker, gar rein, uraltes bewährtes Hausmittel, darf in keinem Haushalt fehlen. In jedem Geschäft erhältlich. Generalvertrieb durch: Medizinal-Drogerie A. B. Hennicke. — Van nicht beim Einkauf auf Schuhmärkte.

Brikett-Ausgabe

für Niesa-Stadt

Montag, den 12. Juni, 7-11 Uhr vormittags auf Monat Mai, pro Ktr. M. 57,50.

C. F. Förster.

Bindegarne

nur erstklassige Fabrikate, ital. 2-sack Langhaar

600 m laufend

Harvester Sisalgaru

hält stets großes Lager zu äußersten Preisen

Max Bergmann, Seilerstr. Fernstr. 213.

Die beliebten Taschen-Fahrpläne

Stück 1 Mark

sind wieder vorläufig in der Geschäftsstelle des Niesaer Tageblattes, Goethestrasse 59.

Güter

n. Wirtschaften jed. Größe, Gaßböse, Bäckereien, sowie andere Geschäfts- und Bins-

bäuser wird, von zahlungs-

fähigen Käufern gesucht durch

R. Haferkorn, Kommissionsgeschäft

Krauba 6, Elsterwerda, Fernstr. 244.

In unserer Verkaufsstelle Oschatz trifft am

Sonnabend, den 10. Juni, eine neue Sendung

echter jeverl. hochtrag.

Herdbuch-Hühe und Rinder

darunter auch einige Rüchtmullen, ein, welche in den

Ställungen des Herrn Max Lehmkühnen, 1 Minute

von Bahnhof Oschatz, Telefon 263, außerst preis-

wert zum Verkauf stehen.

Poincaré's Demaskierung.

Worauf es ihm und Frankreich ankommt, hat Poincaré nach dem Mehrheitsbeschluss der Reparationskommission unverhüllt und ohne jeden Verspielungsversuch den Journalisten erklärt. Man wäre verlucht, die Echtheit dieser Stellungnahme anzuzweifeln, wenn sie nicht vor einem großen Auditorium abgegeben wäre und die französische Presse einstimmig sie bestätigt. Wie oft hat die französische Regierung verlucht, die Nachwollistung abzustreiten, mit welchem Bathos hat gerade Poincaré die trübselige Tendenz seiner Politik betont und mit welcher Entrüstung hat er die Beschuldigung von sich gewiesen. Frankreich wolle gar nicht die Reparation um ihrer selbst willen, sondern die unmöglichsten Forderungen, um einen dauernden politischen Druck auf Deutschland ausüben zu können. Nun, nachdem die Reparationskommission gegen die Stimme Frankreichs dem Anleihekomitee alle Vollmacht erteilt hat, die Bedingungen einer großen internationalen Anleihe zu studieren, einschließlich der Grundlage des deutschen Kredits, hat er die Waffe von sich geworfen und schamlos gesagt, daß Frankreich lieber kein Gold haben wolle, als auf die „alten Rechte“, womit er die Beziehung des linken Schenkers und die Bedrohung des Kurbachs meinte, zu verzichten.

Der Beschluss der Reparationskommission ist trockenfranzösisches Widerspruch, den es noch durch einen formellen Protest bestätigen will, höchst bedeutungsvoll. Weißt, er schafft nicht eine unmittelbare Grundlage für eine Anleihe, die Deutschland dringend braucht, aber er bestätigt die Unzulänglichkeit der Londoner Reparationsbedingungen, die indessen nur durch Einigkeit der Reparationskommission verändert werden können. Der Anleiheausschuss hat indessen die Sicherheit, daß auch ein Vorschlag zur Verminderung der Gesamtsumme von 122 Milliarden ihm nicht verübt werden kann, und ob er die Leistungsfähigkeit Deutschlands im Lande selbst oder außerhalb untersucht, er wird nicht umhin können, eine erhebliche Verminderung für notwendig zu erachten, was immerhin der erste Schritt zu einer Revision der Reparationen bedeutet. Man darf freilich nicht erwarten, daß diese Entwicklung schnell vor sich gehen kann, die nächste Wirkung wird im Gegenteil das Ausbleiben einer Teilanleihe sein, die über die nächsten Vorzahlungen hätte hinwegschließen können. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß Deutschland insgesamt in Vergangenheit geraten müßt, zumindest müssen aber die deutschen Auflagen für die Balancierung des Kredits und die Stabilisierung der schwelenden Schulden hinsichtlich werden und Frankreich hätte vielleicht den Vorwand, seine Trophäen wahrschauen.

Das Ende des Leidensweges infolge der Reparationen ist noch nicht sichtbar, denn die Verzettelung der Anleihe macht die deutsche Wirtschaft ganz problematisch. Man kann nicht wissen, wie es in einem Monat aussehen kann und die Lösung ist kaum vor einem halben Jahr zu erwarten. Wie dann die Weltlage aussieht, welche Summen insbesondere erforderlich sein würden, um außer der Deckung der Reparation die deutsche Wirtschaft zu sanieren, ist absolut unschätzbar und das Anleihen gegeben werden, ohne daß die Sicherheit in der deutschen Wirtschaft begründet ist, ist ausgeschlossen. Es mehr also Deutschlands Aufbau vorbereitet und gefährdet wird, um so problematischer wird die Kompenstation der Reparationen durch eine Anleihe. Und wenn der Anleiheausschuss schnell arbeiten will, wenn er in Kürze einen Plan vorlegen würde, der die Leistungen mit den Forderungen in Übereinstimmung bringen könnte, so würde er an Frankreichs Befehl scheltern, da die Reparationskommission einstimmig die Regelung des Finanziers annehmen müsste.

Frankreichs blinde Machtpolitik hat indessen jetzt den Bogen überspannt. Seine Finanzen müssen zusammenbrechen, weil das Budget auf die Entlastung aus der Reparation aufgebaut ist und das große französische Heer im Mutterlande und in den besetzten Gebieten mehr Mittel verschlingt, als Frankreich aufzubringen in der Lage ist. Amerika hat wiederholst seine Schuld angemahnt, hat zwar mit der Ausforderung noch nicht ernst gemacht, kann aber jeden Tag aufs Neue seine Rechnung präsentieren. Nicht einmal mit dem gegenwärtigen Schuldenerlaß hat Poincaré es eilig, er möchte am liebsten alles blauäugig behandeln und vor einer Lösung des Reparationsproblems noch einmal Gelegenheit zu einem militärischen Spaziergang nach Deutschland haben. Indessen kann man erwarten, daß die unvorläufigen Neuerungen Poincarés nicht ohne Rückwirkungen auf Frankreichs Lage bleiben werden, die in manchen Dingen gar nicht so rosig ist, daß sich Frankreich Extravaganz ohne eigenen Schaden gestatten kann.

Die Frage des englisch-französischen Paktes.

Steiner erfährt, daß auf britischer Seite keinerlei Initiative zur Wiedereröffnung der Verhandlungen zwecks Abschlusses des englisch-französischen Paktes ergriffen worden ist. Es sei schon als ausgemacht angesehen worden, daß den Abschluß eines Paktes möglicherweise eine Regelung verschiedener mit Frankreich noch unregelbarer Fragen folgen müsse.

Die italienische Kammer über die auswärtige Politik.

In der italienischen Kammeransprache über die auswärtige Politik sagte der Minister des Auswärtigen, Schanzer, in einer längeren Rede, daß man von der Genfer Konferenz nicht erwarten könne, die Lage der Welt mit einem Schlag zu regulieren; immerhin habe die Konferenz einige bedeutende Ergebnisse gezeigt. In politischer Beziehung hätten die Abrüstungs- und Reparationsfragen aufgelöst werden müssen, um die Konferenz zu retten. Schanzer nannte die Konferenz von Genua ein nach dem Kriege noch nicht dagewoletnes Ereignis von entscheidendem Einfluß auf die europäische Politik. In dieser Erkenntnis seien die größten Anstrengungen gemacht worden, um einen Bruch zu verhindern. Bezuglich Russland sagte Schanzer, daß auch das übrige Europa zu einem Vertragsschluss mit Russland gelangen müsse. Die Unmöglichkeit der Lösung der russischen Probleme führt Schanzer auf zeitliche Gründe zurück. Italien sei für ein allgemeines Abkommen mit Russland eingetreten in der Überzeugung, daß dies das wichtigste Element zum Aufbau Europas sei, Italien werde mit denselben Ideen nach dem Haag gehen. Ein Erfolg der Genfer Konferenz sei für Italien das enge Zusammenarbeiten mit England, das für die gemeinsamen Interessen der beiden Länder von großer Bedeutung sei. Die Freundschaft Italiens mit Frankreich nannte Schanzer einen Grundpfeiler der italienischen Politik. Nach längeren Ausführungen über die Orientfrage sagte Schanzer mit einer Ansspielung auf Frankreich: Die Erklärungen Barthous genügen, um zu beweisen, mit welchen freundsaftlichen Gefühlen gegenüber Italien die französische Delegation unser Land verlassen hat. Über auch weitere Beziehungen zu den anderen Nationen, besonders zu Deutschland, gingen, wie wir mit Vergnügen feststellen, aus der Konferenz bestätigt hervor. Zum Schlusshob Schanzer nochmals die großen Verdienste hervor, die sich Italien um die Sache des Friedens erworben habe, und mit dem

Dr. Wirth und Dr. Rathenau in Stuttgart.

Besprechungen über ausländische und innerpolitische Fragen.

Wie die Berliner Blätter mitteilten, ist der Reichsminister des Innern Dr. Rathenau gestern abend nach Stuttgart abgereist, wo auch Reichsminister Dr. Wirth eingetroffen ist. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nimmt an, daß eine Aussprache des Reichsministers und des Reichsaußenministers über wichtige aktuelle ausländische und innerpolitische Fragen stattfinden werde. Auch der badische Staatspräsident werde, wie die Blätter hören, in Stuttgart anwesend sein. Der Reichsminister wird voraussichtlich am Sonnabend wieder in Berlin sein.

Eine Erklärung des amerikanischen Vertreters in der Reparationskommission.

Nach einer Meldung des „New York Herald“ hat in der vorigestrigen Sitzung der Reparationskommission, in der die Antwort an den internationalen Anleiheausschuss beschlossen wurde, der nicht mitabstimmende amerikanische Vertreter, Boyden, sich an der Diskussion beteiligt, indem er eine kurze Erklärung des Inhalts abgab, daß das amerikanische Publikum es ungern sehen würde, wenn der Anleiheausschuss bei der Untersuchung der Reparationsfrage, wie er sie für nötig hält, in irgend einer Weise behindert würde. Diese Erklärung scheine auf alle Kommissionsmitglieder Eindruck gemacht zu haben.

Englische Pressestimmen.

Der Parlamentarier Berichterstatter der „Times“ schreibt, zum ersten Male sei in der Reparationskommission in einer wirklich wichtigen Frage ein Mehrheitsbeschluss gefasst worden. Die Stellung bei, eins sei außer Acht gelassen, Man hoffe, daß die Bankiers zu einem Kompromiß kommen und daß die Gesamtkommission Deutschlands nicht angeklagt werde. Dagegen solle die Bezahlung während eines Zeitraums von 20 Jahren suspendiert werden. Wenn dieses Mittel angewendet werde, so sei es wahrscheinlich, daß Frankreich keine weiteren Einwendungen machen werde. Dieser Zwischenfall habe gezeigt, daß eine Heraushebung der französischen Forderung ohne gleichzeitige Kompenstation nicht stattfinden könne.

Der Parlamentarier Berichterstatter der „Morning Post“ erklärt, der gegen die Franzosen angenommene Beschluss der Reparationskommission habe in Paris Überraschung, sogar Verwirrung hervorgerufen. Dieser Beschluss bilde einen weiteren Schritt auf dem Wege zur Herabsetzung der französischen Forderungen an Deutschland. Das sei jedenfalls die in französischen parlamentarischen Kreisen herrschende Auffassung, und auch Poincaré und de Gasperi seien durchaus dieser Meinung. Man erkenne, daß eine wirkliche Gefahr besteht, die Frankreich in eine Lage hineinmanövriert werden, in der ein Druck auf Frankreich ausübt werde, eine weitere Herabsetzung der Reparationen anzunehmen.

„Daily Chronicle“ lädt in einem Leitartikel Kritik an der Haltung der französischen Regierung gegenüber dem Bankierausschuss. Es sei unverständlich, daß die Franzosen einen unerfüllbaren Reparationsbrauch den Reparationen selbst vorziehen. Den Bankierausschuss, der die sachverständige und einflußreiche Körperschaft von Finanzbeamten darstelle, die die Welt aufstellen können, interessiere nicht, wie die Politiker, die Frage, was Deutschland hoffe

zuhören zu können, sondern die Frage, was Deutschland in Wirklichkeit zahlen könnte. Sie könnten mitteilen, wie viel sie, vorzutreden. Das sei nicht eine Politik des Rechtes oder Unrechtes, sondern der harten Wirklichkeit, die allein im Bargeld umgesetzt werden könne. Die Haltung der Franzosen sei vielleicht patriotisch, aber jedenfalls nicht geschäftstüchtig. Wenn das so weiter gehe, könne die deutsche Anleihe nicht verwirklicht werden, und Deutschland werde einzuschränken, zu erfüllen.

Französische Pressestimmen.

Zu dem vorigestrigen Beschluss der Reparationskommission schreibt der „Temps“: Der Anleiheausschuss hat man ihn zur Vorbereitung einer für die Reparationszahlungen bestimmten Anleihe. Auf eine von ihm gestellte Frage bin trennen sich jedoch drei der Gläubiger von diesem Vierer, der in die Minorität gerät. Die drei Gläubiger stellen 49 Prozent der Gesamtsumme dar, das in die volkstümlichen Standpunkte unterteilt sind. Von diesen 49 Prozenten gehörte Frankreich aber 52 Prozent. Vom 51 Prozenten standpunkt ist der internationale Anleiheausschuss nach wie vor der Mandatär einer Mehrheit, denn die Antworten, die er erhalten hat, weisen die Unterzeichner dieser von vier Delegierten auf, die in der Reparationskommission 240 und 250 Stimme haben, vom finanziellen Standpunkt aber arbeiten der Ausschuss nur noch im Auftrag einer Minorität. Nun sind die Bankiers und Finanzleute keine Politiker. Nun verfehlt also ihre Verlegenheit. Das „Journal des Débats“ schreibt: Selbst wenn es dem Bankierausschuss gelingt, einen Anleihevertrag aufzustellen, ist es eine ausgemachte Sache, daß der Reparationskommission seinerlei Initiative bei der Auslegung dieser Anleihe zusteht. Ferner hat Poincaré gestern im Senatsausschuss für auswärtige Angelegenheiten erklärt, daß die französische Regierung als Hauptbedingung verlangen werde, daß die Anleihe tatsächlich neue Belebung der französischen Forderung zur Folge habe. Die zwischen der Reparationskommission und dem Anleiheausschuss eingesetzten Unterhandlungen stehen also in einer Sackgasse zu führen. Der Anleiheausschuss wird das zweifels einsehen, und wie werden uns nicht wundern, wenn er keine Mission als beendet betrachtet. Die „Liberté“ sagt: Man erfreut uns, die Anleihe werde scheitern, während doch die von den Bankiers verlangte Vorbereitung der Fortsetzung ihrer Arbeiten erfolgt ist. Wir befinden uns inmitten einer vollkommenen Verirrung. Sie wird noch dadurch vermehrt, daß der französische Delegierte in der Reparationskommission dabei steht, daß die Frage der deutschen Schulden mit den beteiligten der internationalen Schulden zusammenhängt. Ein ganz großer Fehler, ein ungemeinlicher Irrtum! Sogar die Bankiers, selbst wenn sie Amerikafar sind, Vollstrecker, und von unserem Zahlungsverpflichtungen zu befreien? Allerdings sind sie seit gestern vollkommen bereit, zu der Erfahrung: daß der Londoner Zahlungsbasis eine viel zu hohe Last ist, und daß die alliierte Forderung an Deutschland herabgesetzt und auf das Maß sofort flüssig zu machender Handelschulden zurückgeführt werden muß. Wenn ein Bankierausschuss diese Ansicht ausgeschlossen hat, so weiß Leibermann, daß die Anleihe zum Scheitern wird, und daß die Forderung der Alliierten an Deutschland selbstständig zu der Rüffel herab sinkt, die von Männern vom Fach für vernünftig und möglich erklärt werden ist.

Hinweis auf das gewachsene internationale Ansehen Italiens erntete er lebhaften Beifall.

Eine Tagesordnung, in der es heißt: Die Kammer billigt die auswärtige Politik der Regierung, wurde von der Kammer mit 209 gegen 67 Stimmen angenommen.

Die neue Kronenkatastrophe.

Österreich ist in der überaus traurigen Lage, daß seine Währung kaum noch internationales Interesse beanspruchen kann. Auf den meisten Weltmärkten wird die Krone garnicht mehr gehandelt, sie hält sich in letzter Zeit auf vier bis fünf Papierstempeln für hundert Kronen, jetzt ist sie auf 1,80 Pfennig gekürzt und bei geringem allgemeinem Rückgang der Tiefste auf 1,12 erholt. Der Sturz ist nicht unerwartet gekommen, er wurde dadurch eingeleitet, daß die Wiener Banken und alle Finanzkreise, die einen Rest ihres Bestes zu retten wünschten, auf allerhand osteuropäische Papiere stürzten, die sonst nicht gerade zu den stark begehrten zählen. Auch auf die Berliner Börsen übertrug sich die Hause und Türkensche, im Frieden zu 75 gehandelt, schneidet auf einen Kurs von 250 Mark heraus, obwohl es kein Geheimnis ist, daß die Türkei ein bankrotter Staat ist. Größere Börse konnte man mit österreichischen Kronen ohnehin nicht kaufen. Die österreichische Regierung bemüht sich, die Aufregung zu beschwören. Sie versichert, daß an eine neue Notenabstempelung nicht gedacht werde und äußert sich merkwürdig optimistisch sogar über neue Anleiheverhandlungen, die keineswegs gefährdet seien. Die geringen Anleihen, die Österreich erhalten hat, haben nur die industrielle Krise verkürzt, die Anleihen möglicherweise liegen bleibent und sind dann nur zu Lebensmittelpreisen verwandt, damit das Land nicht verbunkert. Der neue Kurssturz beweist, wie wenig einem Land mit kleinen Anleihen geholfen werden kann, und das ist auch für Deutschland sehr lehrreich.

* * *

Der englische Finanzdelegierte Young wieder in Wien. Amtlich wird verlangt: Zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Kredite trat der englische Finanzdelegierte Young wieder in Wien ein und erhielt gestern vormittag in mehrfachdicker Unterredung dem Bundeskanzler Bericht. Young ist vorläufig als alleiniger Vertreter der britisch-amerikanischen Finanzgruppe, mit der die Verhandlungen geführt werden, erschienen; andere Delegierte werden nach Mahagabe des Fortschreitens der Verhandlungen nachfolgen. In der gestrigen Besprechung wurde bereits der gesamte Fragenkomplex, von denen Erledigung die Entscheidung in der Kreditsfrage abhängt, durchgeworfen und auch die Methode festgelegt, nach der die weiteren finanziellen Verhandlungen vorgenommen werden sollen.

Tschechische Beurteilung über den Kronenkurs in Wien. Der rasende Sturz der österreichischen Krone erzeugt in tschechoslowakischen politischen Kreisen Beurteilung, weil man keine Mittel sieht, den Zusammenbruch der Währung aufzuhalten. Ein Zusammenbruch der österreichischen Krone wäre gleichbedeutend mit dem Einsturz der Kreditaufträge und hätte ein Chaos im Gefolge, von welchem ganz Europa betroffen werden könnte. In Prager politischen Kreisen befürchtet man daher von einem Zusammenbruch eine schwere Krise für ganz Mitteleuropa.

Erhöhung der Brot- und Fleischpreise. Wie die „Wohlkommene Zeitung“ aus Wien meldet, wurde dort die

Arbeitslosenunterstützung von bisher täglich 940 Kronen auf 2400 Kronen erhöht. Gleichzeitig stieg der Preis für ein Zweig-Bundbrot von bisher 980 auf 1400 Kronen, das Kindstisch abermals um 1000 Kronen für das Kilo auf über 7000 Kronen.

Das neue Umlageverfahren für Getreide.

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat vor einigen Tagen den zuständigen Stellen den Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Regelung des Getreides mit Getreide aus der Ernte 1922 zur Begutachtung zugehen lassen. Dieser Entwurf bedarf dringend besonderer Beachtung. Wir geben deshalb den Inhalt der Regelungsvorlage nachstehend kurz wieder:

Da eine Verstärkung der Getreideernte führt aus dem Auslande bei der Haushaltung des Reiches und mit Rücksicht auf die Normendatei, einen erträglichen Brotpreis durchzuhalten, um möglichst ist, wird die Umlage in der gleichen Höhe wie im Vorjahr eingeführt. Die Fortführung des Umlageverfahrens hat sich deshalb als unvermeidlich herausgestellt, weil nach Ansicht der Regierung die Landwirtschaft Sicherungen für eine ohne behinderliche Zwang durchzuführende Auflösung bestimmter Mengen Getreide zu bestimmten Zeiten und zu einem gegenüber dem Marktpreise ermäßigten Preise nicht zu geben vermöchtet hat, die es der Regierung ermöglichen würden, die Verantwortung für die Brotpflege im kommenden Wirtschaftsjahr zu übernehmen.

Die aufzurbringende Menge wird auf die Länder nach dem Verhältnis ihrer Ernteerträge an Brotpreise und Getreide und Getreide im Durchschnitt der Jahre 1908 bis 1921 verteilt. Länder mit viel Kleinbetrieb werden geringer belastet.

Das bisherige Verfahren hat sich bewährt, da gegen nicht die Umlaufverteilung auf die Kommunalverbände oder auf die Erzeuger. Deshalb haben die Bekanntmachungen über die Umlaufverteilung eine weitgehende Änderung erfahren. Den Ländern wird die Ermäßigung erteilt, der Umlage die gesamte landwirtschaftlich benutzte Fläche zugrunde zu legen. Für den Fall der Verteilung auf die gesamte landwirtschaftlich benutzte Fläche ist die Freilassung der Fläche bis zu fünf Hektar vorgesehen. Die Kommunalverbände haben ihr Umlageholl nach höherer Bestimmung der oberen Landesbehörde auf die Gemeinden oder unmittelbar auf die Unternehmer landwirtschaftlichen Betriebe (Erzeuger) zu verteilen. Bei Feststellung des Umlageholls der einzelnen Erzeuger ist den Unterschieden der Erzeugerfähigkeit Rechnung zu tragen.

Von der öffentlichen Brotpflege sollen die Kreise ausgeschlossen werden, die nach Bevölkerung und Einkommen auf eine solche Sicherung des notwendigsten Lebensbedarfs nicht angewiesen sind. Der Ernährungsminister wird über diesen Punkt noch nähere Bestimmungen erlassen.

Die Festlegung eines Einheitspreises für das ausgeschlossene Getreide, wie sie im Vorjahr erfolgte, ist mit Rücksicht auf den unerlässlichen Stand des Maß fallen gelassen werden. Die Reichsregierung legt den Preis nach Abzug eines aus 20 Mitgliedern bestehenden Ausschusses fest. Wenn sich ergibt, daß die für die erste Hälfte des Brotfolgs festgesetzten Preise für die zweite Hälfte nicht mehr anstreichen, wird ein neuer

Preis festgesetzt. Die Kommunalverbände haben bis zum 1. September 1922 der Reichsregierung die mit dem Beginn des 16. August für die planmäßige Versorgung vorhandenen Vorräte an Getreide und Mehl anzugeben.

Die Verhandlungen über die Getreideumlage.

Die seit längerer Zeit zwischen dem Reichsernährungsministerium und den landwirtschaftlichen Organisationen schwedenden Verhandlungen über die Frage der Getreideumlage wurden vorigestern laut „R. T.“ im Reichsernährungsministerium fortgesetzt. Es wurden noch keine Beschlüsse in den vorgebrachten Verhandlungen getroffen. Gestern vormittag begannen ernste Verhandlungen über Vorschläge, die darauf hinauslaufen, einen Weg zu suchen, um eventuell ohne Umlageverfahren auszukommen. Am allgemeinen ist, wie das Blatt schreibt, die Frage der Getreideumlage im Augenblick noch ungelöst.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Getreide-, Kartoffel- und Zuckerversorgung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern mit Unterstützung des Zentrums folgende sozialistische Anträge angenommen:

1. Den Magistrat zu ersuchen, sich mit den Reichsstellen in Verbindung zu setzen und auf die Notwendigkeit der Beibehaltung des Umlageverfahrens für Getreide hinzuweisen;

2. den Abschluss von Lieferungsverträgen von Kartoffeln herbeizuführen und Maßnahmen antreiben, die das Auslaufen der Kartoffeln nach der Ernte verhindern;

3. die Reichsregierung an ersuchen, die Zwangsverschaffung für Zucker wieder einzuführen.

Der Grzbergerprozeß.

In der gestrigen Nachmittagssitzung des Prozesses gegen Killinger in Offenburg steht der Vorlesende dem Angeklagten vor, daß in seiner Wohnung ungebrachte Geschosse derselben Art mit denselben Ziffern und Zeichen gefunden wurden, wie sie bei der Ermordung Grzbergers verwendet worden waren. Und der weiteren Vermuthung ist die Ansage des Kriminaloberinspektors Schumacher-Karlstraße hervorzuheben, der über den Aufenthalt des Grzbergermörder in Budapest Ermittlungen angestellt hatte. Zusammen mit einem deutschen Kriminalkommissär vernahm er in Budapest einen Reichsbürgernamen Rohn, der auf der Straße saßen hatte, wie zwei junge Leute die „Volkische Zeitung“ lasen und in einer Freihilfeklinke einander eine Note über die angebliche Verhaftung eines gewissen Lilleken in Dresden zeigten. Später sah Rohn in einer Zeitung die Bilder der Mörder und erkannte die jungen Leute wieder. Er sah, wie einer der beiden auf einem Telephonhörer ein Telegramm aufsetzte, als dessen Adressat später Reichsanwalt Müller-Münchau festgestellt wurde. Die beiden Mörder hatten in verschiedenen Hotels gewohnt. Es wurde festgestellt, daß ungarische Kriminalbeamte den beiden Päpfe und Waffen abgenommen hatten, die ihnen aber auf Veranlassung der Budapester Stadtkommandantur zurückgegeben wurden. Am 22. Dezember reisten Schulz und Lilleken mit unbekannten Zielen ab. Die deutschen Kriminalbeamten und auch ungarische suchten eine Reihe von ungarischen Städten ab, ohne die beiden zu finden.

Heute findet ein Lokaltermin in Griesbach, Oppenau und dem Gasthof Buslicht statt.

Otto von Hirschfeld nicht gefestigt.

Die Mutter des noch in Haft befindlichen Heinrich Otto von Hirschfeld teilte dem „Berliner Tageblatt“ mit, daß ihr Sohn sich am 18. Mai freiwillig der Staatsanwaltschaft gestellt habe und sich auf seinen Wunsch in der Gefangenenzelle Pegel befindet. Er sei künftig weggefestoßen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Berürkung deutscher Offiziere im besetzten Gebiet. Vor dem Kriegsgericht der Rheinarmee hatten sich, wie aus Mainz gemeldet wird, 17 ehemalige aktive deutsche Offiziere, sämtlich in Wiesbaden wohnhaft, zu verantworten, weil sie als Mitglieder der Freikorps Wiesbaden des Deutschen Offizierbundes, entgegen einer Verordnung der internationalen Rheinlandkommission im besetzten deutschen Rheinland einer Organisation angehört haben sollen, die direkt oder indirekt mit dem deutschen Kriegsministerium oder anderen militärischen Dienststellen in Verbindung steht. Das Gericht verurteilte nach fälschlicher Verhandlung den Major Georg Härter als verantwortlichen Verleiher zu drei Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, den Oberleutnant Heinrich Graf in contumaciam zu vier Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe, den Hauptmann Heinrich Litz und den Oberleutnant Heinrich Aumann in contumaciam zu je einem Monat Gefängnis und 3000

Mark Geldstrafe, die übrigen Angeklagten zu je 3000 Mark Geldstrafe.

Tarifstreitigkeiten im Kasseler Spannholzunternehmen. In einer gestern abgehaltenen Neuvertragskonferenz des Kasseler Spannholzunternehmens wurde in unentümlicher Abstimmung einstimmig beschlossen, das Arbeitsverhältnis am 10. d. M. zum 17. d. M. zu ändern. Dieser Entschluß wird auf Tarifstreitigkeiten sowie Beschwerden über die Behandlung der Belegschaft durch die Bergverwaltung Seche Glimmererde zu geben und dort die Wage zu stellen.

Die spanischen Voluntaschläge. W. T. B. meldet: Wir erfahren aus durchaus zuverlässiger Quelle, daß die spanische Regierung bestimmt, die wieder eingeführten Salutafällige auf die jetzigen deutschen Waren noch nicht anzuwenden, die nachweislich vor dem 20. Mai verlaufen oder fest in Auftrag gegeben worden sind. Daraus bezügliche Gefahr deutlicher Firmen müßten mit entsprechenden Beweisangaben an die in Deutschland bestehenden Verkaufsstellen des betreffenden Bezirks, in dem die deutsche Firma ihren Wohnsitz hat, eingerichtet werden.

Der Reichspräsident ist zu einem dreiwöchigen Erholungsaufstand in Preußensstadt eingetroffen und hat im Kurhaus Waldeck Wohnung genommen.

Zum bevorstehenden Besuch des Reichspräsidenten in München. Wie der „Vorwärts“ meldet, fordert der Parteiausschuss der Sozialdemokratischen Partei Münchens die Münchener Parteigenossen auf, in den nächsten Tagen besonders am 1. d. M. das Gedächtnis des Reichspräsidenten in München überall auf der Wand zu sein. Am Montag, dem Tage des Eintretens des Reichspräsidenten in München, sei erhöhte Abwehrbereitschaft der Arbeiter nötig. Nach einer weiteren Meldung des Blattes hat der republikanische Reichsbund Bayerns gegen die nationalsozialistische Arbeiterpartei, die neuerdings zur Vernichtung der Reichsflagge und zur Säuberung des Reichspräsidentenbuchs auftreten, Straßenzug bei der Staatsanwaltschaft wegen Bedrohung eines Beamten zur Verhinderung seiner Amtstätigkeit geplant. — Wie die „Münchener Post“ erfährt, hat sich Sanitätsrat Dr. Pittner seiner Aburteilung durch das Reichsgericht wegen der Leitung einer geheimen Organisation durch die Flucht entzogen.

Generalversammlung des deutschen Staabundes. In der gestrigen Versammlung des deutschen Staabundes in Düsseldorf, in der eine gemeinsame Vereidigung der Marktlage zwischen Vertretern von Verbrauchern, Handlern und Erzeugern stattfand, wurde in allzeitigem Einvernehmen beschlossen, die bisherige Preisgrundlage bis auf weiteres beizubehalten. Sollte im Laufe des Monats eine Kohlenpreiserhöhung stattfinden, so würde — und zwar vom 15. Juni ab — eine Preisverhinderung der Walzabrikate nach Maßgabe der Kohlenpreiserhöhung vom 20. April eintreten müssen. Nebenherzuheben würde eine weitere Erhöhung durch eine etwaige Kohlenpreiserhöhung entsprechend der im deutschen Staabund vereinbarten Staffelung. Die Nebenpreise für Abmengen und Längen für Bündelten würden mit Wirkung vom 15. Juni ab verdoppelt.

Braunschweigische Landesversammlung. In der gestrigen Nachmittag abgehaltenen Sitzung der braunschweigischen Landesversammlung wurde die Wahl des Präfektums vollzogen. Zum Präfekten wurde gewählt Abg. Biebel (D. P.), zum zweiten Vizepräfekten Abg. Schels (SPD.), zum dritten Vizepräfekten Abg. Dr. Müller (Bündnis Arbeitergemeinschaft). Dann wurde der Gesetzesvorworschlag über die Lehrerbefreiung nach längerer Beratung angenommen.

Steigende Einfuhr englischer Kohlen. Die Einfuhr englischer Kohlen in Hamburg hat einen derartigen Umfang angenommen, daß sich jetzt grobe Transportschwierigkeiten einstellen, da die Eisenbahn nicht die erforderlichen Wagen stellt, sodass die Dampfer bis zu zehn Tagen warten müssen, bevor sie läufen können. Diese Verzögerung verursacht gewaltige Kosten. Im Durchschnitt betragen die Überlieferungskosten etwa 30 000 Mark pro Tag.

Verhandlungen über die Arbeitszeit bei der Eisenbahn. Im Oberamtsgebäude begannen gestern unter dem Vorsteher des Ministerialdirektors Meyer-Berlin und in Anwesenheit von Oberregierungsrat Brumm des Reichswirtschaftsministeriums Verhandlungen über die Dienstzeitfrage bei den Reichsbahnen, bei denen eine Reihe deutscher Eisenbahndirektionen vertreten war. Von der Eisenbahndirektion Stuttgart nahm Präsident Dr. Siegel und Regierungsrat Kühling an den Verhandlungen teil.

Der Kasseler Attentäter verhaftet? In einer Wirtschaft in Kassel wurde gestern ein junger Mann, der sich durch Neubeschäftigungen verdächtig gemacht, unter dem Verdacht, daß Attentat an Scheidemann verübt zu haben, verhaftet.

Polen.

Abkommen über Oberschlesien angenommen. Der Sejm hat gestern das deutsch-polnische Anlaßabkommen, betreffend Oberschlesien, in allen drei Lesungen zum Abschluß erhoben.

Niedersachsen.

Der englische Protest gegen den Angriff auf die Kirche. Zur Erwideration des Protestes des Erzbischofs von Canterbury und anderer englischer Geistlicher gegen den

Angriff auf die Kirche in Rußland in der Person des Patriarchen Tichon erklärte die Sowjetregierung, daß keinerlei Angriff auf die Kirche ausgeübt hätte und daß die große Mehrheit der Geistlichen die Sowjetregierung gegen den Protekt unterstellt. Der Erzbischof von Canterbury lehnt es in seiner Antwort auf diese Erwideration ab, seine Reaktion zu versichern, er schreibt jedoch für eine kleine Delegation von Vertretern der verschiedenen religiösen Konfessionen Englands um die Erlaubnis, nach Rußland zu gehen und dort die Wage zu stellen.

Einführung an Anatole Graue. Wie die Berliner „Note ohne“ mitteilt, hat die Sowjetregierung Anatole Graue, der augenblicklich die angeklagten russischen Socialrevolutionäre interviert hat, an dem Prozeß gegen die Angeklagten, der gestern in Moskau begonnen hat, ein-

Die Abneigung Amerikas gegen den Bolschewismus. Meister erklärt, der Solicitor, General der Vereinigten Staaten, weiß, daß vorgestern Abend auf einem ihm zu Ehren gegebenen Essen erklärt, solange Lenin und Trotzki das Schicksal des ungünstigen russischen Volkes bezeichneten, wolle er „so wahr Gott lebe“, nichts mit ihm zu tun haben.

England.

Die Räume in Irland. Ungefähr drei Batterien britischer Truppen, unterstellt von Artillerie und Fliegern, begannen gestern in drei Abteilungen die Stadt Belleek am Lough Erne, die auf dem Gebiete von Ulster liegt und in der letzten Woche von irregulären Truppen des Kreisstaates eingenommen wurde, zu umzingeln. Nach Artilleriebeschließung nahmen die britischen Truppen erst das Fort oberhalb Belleek und dann die Stadt selbst.

Spanien.

Das Ende der militärischen Junta. Ovaz melde aus Madrid: In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß der energische Austritt zur Einigkeit und Mannschaft, den König Alfonso XIII., vorgehören in seiner Rede bei einem ihm zu Ehren in Barcelona von den Offizieren der Garnison gegebenen Antritt an das Heer rückte, das Ende der militärischen Junta bedeutet. Ein führender Parlamentarier soll von dieser Rede gesagt haben, die Meute des Königs nach Barcelona habe keinen anderen Zweck gehabt, als den, die Auflösung der Junta aufzubrechen. Die Rede des Königs fand schon vorher abend einen Widerhall in der Kammer. Der Abg. Garcia kam auf sie zu sprechen und fragte, ob die von dem König aufgeworfenen Fragen von der Kammer zur Erörterung gestellt und von ihr ein für allemal geregelt werden könnten.

China.

Eine Erklärung Si Hoan Sung. Nach einer Meldung aus Peking hat Si Hoan Sung in den Provinzen die Bedingungen bekannt gegeben, unter denen er das Amt des Präfekten wieder zu übernehmen bereit wäre. Er würde nur dann nach Peking gehen, wenn es allen militärischen Führern in seiner Begleitung gestattet würde, die Mittelpunkte der Versammlungen und Versammlungen mit Wirkung vom 15. Juni ab verdoppelt.

Der Komposthaufen.

Nochmals die Helder abgeräumt, die Scheren gefüllt und die Herbstzeitungen der Helder vorüber sind, beschäftigt sich der Landwirt mehr und mehr nur noch im und ums Haus herum, b. h. er besteht die im Laufe des Jahres entstandenen Schäden der Gewöhnlichkeiten aus, so weit es in seiner Macht steht, er sichtet die Umzäunungen, er spülte Pöhl, er leert die Gitterböden und beschafft sich da und dort auch eine neue Dungstücke, sofern die alten, dieselbe umgebenden Bretter morsch geworden, er ruht die Beete, schlägt die in der Nähe der Gewöhnlichkeiten sich hänselnden Gräben aus und legt mit dem sich ergebenden Boden und Grasbüscheln einen Komposthaufen an. Beides säuft an den in der Landwirtschaft wichtigsten und von seinem rechten Bauern außer Acht zu lassenden Arbeiten, ist für ihn doch ein guter Kompost, der kostet und billige Ernahmmittel für einen schlenden Dänger, ganz abgesehen davon, daß je Kompost immer in einem Haufen Verwendung findet und wenn die Dungstücke auch noch so groß sein sollten. Es würde zuviel führen, heute auf die Kompostanlage selbst des näheren einzugehen, gibt es doch überall Gelenkhälfte genug, sich bei Nachbarn und Bekannten darüber zu orientieren, für heute möchten wir nur darauf hinweisen, daß ein Umarbeiten des Komposts und ein mehrmaliges Beobachten mit Gitter ganz besonders erforderlich ist, um denselben recht wertvoll zu machen. Auch die im Winter durch vermehrte Beweidung sich ergebende Holzmasse bildet einen ganz wichtigen Bestandteil desselben, zumal wenn sie mit Erde vermischte wird, die man immer wieder, sei es durch einen Stein oder sonst einem abrabbbaren Plättchen bekommen kann. Ein großer Vorteil ist es auch, wenn man mit dem Kompostort nach mehreren Jahren einmal wechselt, den alten Ort gut umgräbt und womöglich im folgenden Frühjahr zu Hartengewächsen benutzt, und auch im Notfall mit einem leichten Baum umgräbt, um ihn gegen das Eindringen des Weißwels zu schützen.

gelang die Überquerung des Oceans mit dem Flugzeug in 16 Stunden. Die alte Gleichung zwischen Raum und Zeit, wie wir sie z. B. auf allen Segewiesen in der Angabe von Entfernungen nach Stunden dargestellt finden, ist von der Technik bestellt; für den Gebrauch sind London und Kapstadt, Peking und Washington auf wenige Meter zusammengezüchtet, für den Warenaustausch und Personenverkehr Berlin und Hamburg, Bremen und Baltimore in dasselbe Verhältnis gelegt, in dem vor 100 Jahren Berlin und Bielefeld, Bremen und Halle standen. Es ist heute möglich, die Kraft von 5000 Pferden auf ein einzelnes Objekt zu konzentrieren; keine landwirtschaftliche Produktion der Erde würde aufbrechen, wollte man so viele Pferde ernähren, wie jetzt Viehherden in Sachsen tägl. sind. Durch die Raum- und Zeitüberwindung sind alle Nationen der Welt zu Gliedern eines einzigen Wirtschaftskörpers zusammengezogen, sodass jede Erziehung und Krankheit eines Gliedes sofort auf den ganzen Organismus verhängnisvoll wirken muss. Diese Erkenntnis, die man sich nicht klar genug vor Augen halten kann, macht die Heilung der gegenwärtigen Krise zu einem vollkommen anderes Problem, als bei allen früheren Katastrophen.

Kunst und Wissenschaft.

Wochenkalender des Süds. Staatstheater zu Dresden vom 11.—19. Juni. Oberlandesgericht: „Die verkaufte Brau“ 7.—9 Uhr Montag; Die Entführung aus dem Serail“ 8.—10. Dienstag; „Alba“ 7.—11. Mittwoch; „Der Freitakt“ Donnerstag; Zum 100. Male „Die Boheme“ 8.—10. Freitag; „Oedipe“ und „Turid“ 11.—12. Sonnabend; „Lotto“ 7.—10. Sonntag; zum 1. Male „Irrauff“ 7.—10. Sonnabend; „Der Mann im Mond“ 7.—8. Montag; „Die Zauberflöte“ 7.—10. Sonnabend; Sonntag; „Am Teich“ 11.—12. Montag; „Die Montagabonn.“ 8.—11. „Balancena“. Montag; „College Grampston“ 8.—10. Dienstag; „Strenesse“ 7.—10. Mittwoch; „Balancena“ 8.—10. Sonnabend; „Robert und Bertram“ 11.—12. Sonntag; „Wilhelm Tell“ 8.—11. „Dame Manns Tochter“ Montag; „Wilhelm Tell“ 7.—10.

Vom Holz zum Eisen — der letzte Meilenstein der Kultur.

Die Kulturrevolution ist im letzten Jahrhundert mit Siebenmeilenstiefeln vorwärts gegangen, und wir leben heute in einer vollkommen anderen Welt als unsere Urgroßeltern vor 100 Jahren. Diese überraschende und fabelhafte Entwicklung wird in einem inhaltatreichen Buch dargestellt, das Hugo Preller soeben unter dem Titel „Weltgeschichtliche Erfindungslinien vom 19.—20. Jahrhundert in Kultur und Politik“ im Rahmen der bekannten Teubnerischen Sammlung „Aus Natur und Welt“ erschienen ist. Der entscheidende Meilenstein in der Entwicklung von Technik und Industrie wurde durch den Übergang vom Holz zum Eisen getan, mit dem Holz und Stein eng zusammenhängen. Vor 150 Jahren bestanden noch fast alle Produkte des täglichen Bedarfs aus Holz, man baute aus Holz Häuser, heizte mit Holz und betrieb damit die Schmelzhütten. Metall hand nur da Verwendung, wo die Feuergefahr es unumgänglich notwendig machte. Das Holz aber war nicht dauerhaft und seine geringe Heizkraft gestattete auch nicht die Ausdeutung der Bergwerke. Man brauchte damals zur Gewinnung von 48 000 Tonnen Metall 170 000 Tonnen Holz. Der Preis des Metalls stand dementsprechend zu hoch, als daß es große Verwendung hätte finden können. Auch wird bereits vor 100 Jahren sehr über den Mangel an Holz geklagt, und Weber erzählt 1894 in seinen Briefen über Deutschland: „Wir sind kleiner und haushälterischer geworden, und Steinofen und Töpf sind Surrogate.“ Unter Maschinenzentralen wäre also vor 100 Jahren in der Zeit der Holzkultur unmöglich gewesen. Der Übergang wurde durch die Verwendung von Holz anstelle von Holzkohle beim Eisenschmelzen angebahnt. Die Stahlherstellung begann gegen Ende des 19. Jahrhunderts bei uns sich einzubürgern, zunächst als Erz für die bedenklich abnehmenden Holzbestände. Zugleich hob sich die Eisenproduktion, und das Werk in England eingeführte puddeln (1783), dann dessen Verrostungsmethode durch das Bessemer-Verfahren (1856), ermöglichte eine immer billigerer Herstellung von immer größeren Massen. Während die Welt 1800 12 Millionen Ton.

Kohle und 2 Millionen Ton Eisen lieferte, brachte sie 1870 jährlich 82 Millionen Ton Kohle und fast 11 Millionen Ton Eisen und 1900 800 000 Millionen Ton Kohle und 80 Millionen Ton Eisen hervor. Zur Einführung von 5000 Kilo Eisen brauchte man im Stahlverfahren 1½ Tage und im Bessemer-Prozeß 20 Minuten. Die deutsche Eisenproduktion betrug 1894 auf dem Kopf der Bevölkerung 5,8 Kilogramm, 1870 8,8, 1900 13,1 Kilogramm. Nun erst war die Welt frei für die Entwicklung unseres Zeitalters, für den Bau der Kraftmaschinen und älteren Brücken, der riesigen Hallen, gewaltigen Wirkungen usw.

Der Übergang vom Holz zur Eisen hat unsere ganze

Technik verändert und die Menschheit verändert.

SLUB
Wir führen Wissen.